

Fortschrittsmotor Klimaschutz

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	3
I.1 Klimaschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe	6
I.2 Klimaschutz ist Regierungsaufgabe	7
I.3 Klimaschutz nutzt Verbrauchern und Wirtschaft	8
II. Fortschrittmotor Klimaschutz	10
II.1 Einen neuen Fortschritt durchsetzen	10
II.2 Ökologische Märkte fördern	11
II.3 Innovationen stärken	12
II.4 Arbeit und Umwelt gehören zusammen	13
III. Energieversorgung Nordrhein-Westfalens umgestalten	13
III.1 Energie – und Klimapolitik für alle Sektoren	13
III.2 Einen nachhaltigen Energiemix aufbauen	14
III.3 Energie effizient nutzen	15
III.4 Kraftwerkspark erneuern	15
III.6 Energieforschung stärken	17
III.7 Emissionshandel zum Nutzen Nordrhein-Westfalens gestalten	17
III.8 Bessere Energiepreise durch mehr Wettbewerb schaffen	18
III.9 Atomausstieg fortsetzen	19
IV. Besser leben - natürliche Lebensgrundlagen erhalten	19
IV.1. Ressourcen sichern und sparsamer nutzen	20
IV.2. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz - Feinstaub und Lärm reduzieren	21
IV.3 Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und wichtige Ressource	22
IV.4 Biologische Vielfalt und Klima gemeinsam schützen	23
IV.5 Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren	24
IV.6 Ländliche Räume stärken und umweltfreundliche Landwirtschaft stützen	25
V. Verkehr richtig lenken	27

I. Einleitung

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert für die Menschen eine gute Zukunft bereithält und eine weitere Verbesserung der Lebensqualität mit sich bringt. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln gerechte Chancen für ein friedliches Leben in Wohlstand ermöglichen. Es geht um ein gutes Leben für alle in der einen Welt. Verantwortungsvolle Klimapolitik ist dazu notwendig. Sie ist - auch in Deutschland - inzwischen zur sozialen Frage geworden. Die hohen Energiepreise belasten nicht nur die Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Auch die Normalverdiener spüren die Auswirkungen.

Wir wollen deshalb den Menschen helfen, immer weniger von der immer teurer werdenden Energie zu verbrauchen. Nur so können wir die Kostensteigerungen abfangen und gleichzeitig die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen. Jetzt beim Klimaschutz auf die Bremse zu treten, würde uns schwer schaden. Viele Untersuchungen zeigen: Klimaschutz ist möglich und bezahlbar. Es gibt auch wirtschaftlich keine Alternative zum Klimaschutz, da ein Nicht-Handeln etwa 5- bis 15-mal so teuer wäre wie rechtzeitig die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Dabei ist klar: die Finanzkrise zwingt uns, beim Klimaschutz zuzulegen, damit die Unternehmen der Realwirtschaft Geld sparen können. Viele Beispiele aus der Industrie, von der Abscheidung klimaschädlichen Lachgases in der Chemie über den Einsatz hocheffizienter Pumpen bis hin zur Optimierung der Betriebslogistik belegen: Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg sind in der betrieblichen Praxis längst kein Gegensatz mehr.

Wir wollen, dass auch Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen in einer lebenswerten Umgebung leben können. Wir wollen Feinstaub und Lärm reduzieren und mehr Grün in die Städte bringen. Konsequenter betrieblicher Klima- und Umweltschutz fördert die soziale Gerechtigkeit. Menschen in benachteiligten Haushalten leben oft auch in einer stärker belasteten Umwelt, z. B. an lauten und belasteten Straßen. Verbessern wir die Umweltsituation, verbessern wir gleichzeitig die soziale Lage dieser Menschen.

Auf nahezu allen Ebenen wird gehandelt. Deutschland setzt sich, angetrieben durch die SPD, in dem Gesamtprozess sehr ehrgeizige Ziele. Die Bundesregierung hat in Meseberg auf Vorschlag des sozialdemokratischen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel ein Paket von Maßnahmen zur Klima- und Energiepolitik beschlossen. Für alle wichtigen Bereiche werden damit klare Prioritäten gesetzt und die national erforderlichen Maßnahmen beschrieben. Die Roadmap „Neues Denken – neue Energie“ zeigt, wie wir dies zum Nutzen der Menschen in Deutschland ganz praktisch erreichen können. Nordrhein-Westfalen kann und muss Motor dieser Entwicklung sein. Zukunft braucht Mut. Nur mit mutigen Veränderungen erreichen wir gleichzeitig mehr Klima- und Umweltschutz, neue Arbeitsplätze und eine höhere Innovationskraft.

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen: Durch Maßnahmen im Gebäudebestand des Landes wollen wir unserer Vor- und Leitbildfunktion gerecht werden. Wir wollen, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB) die im Eigentum des Landes stehenden Liegenschaften in den nächsten zehn Jahren umfassend energetisch saniert. Wo möglich, sollen regenerative Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung zum Einsatz kommen. Wir wollen, dass der BLB sich eigene Effizienzstandards für den Neubau und für Sanierungsmaßnahmen setzt, die deutlich über die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen hinausgehen. Zukünftige Neubauten sollen am Leitbild der CO₂-Neutralität ausgerichtet sein.

NRW muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland als das industrielle Kernland in Europa seine ehrgeizigen Klimaschutzziele erreicht. Die CDU/FDP-Landesregierung mit Ministerpräsident Rüttgers steht beim Klimaschutz auf der Bremse und verspielt unsere Zukunft. Ein Fortschrittsmotor Klimaschutz verbindet Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit zum Nutzen der Menschen in NRW. Deshalb werden wir in der neuen Landesregierung mit Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin ein Sofortprogramm für NRW mit folgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

Fortschrittsmotor Klimaschutz - Sofortprogramm für NRW

1. Wir werden unsere Industrie zukunftsfest machen

Mit Einspartechniken und Effizienztechnologien werden wir den Einsatz von Energie und Rohstoffen drastisch senken und so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stärken. Mit einer Initiative für den modernen Industriestandort NRW werden wir die Akzeptanz bei den Menschen für industrielle Produktion zurück gewinnen und dauerhaft stärken.

2. Wir werden in NRW am Atomausstieg festhalten

Atomenergie ist von gestern und hat keine Zukunft, weil ihre Lasten für viele Jahrzehnte auf die nachfolgenden Generationen verschoben werden. Sie löst keine Probleme, sondern schafft Probleme für die Menschheit. Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken sind ein Investitionshemmnis für NRW. Sie gefährden den Ausbau der Erneuerbaren Energien und blockieren die Modernisierung des Kraftwerksparks. Neue Atomkraftwerke in NRW lassen wir nicht zu.

3. Wir werden unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringern

Der Import von Öl, Gas, Kohle und Uran kostet uns zig Milliarden im Jahr. Durch Energieeinsparung werden wir den Energiebedarf senken. Wo möglich, setzen wir auf heimische Energien. Sie sichern Wertschöpfung bei uns in NRW. Arbeitsplätze entstehen durch heimischen Bergbau, eigene Kraftwerke oder die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse.

4. Wir werden unseren Stromverbrauch senken

Im Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden, Verbraucherzentrale und Energieagentur werden wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und kleinen und mittleren Unternehmen beim Stromsparen helfen. Hierzu werden wir alle Möglichkeiten nutzen - von der Energieberatung, dem Ausbau der Beratungsangebote der Energieagentur bis zu neuen Finanzierungsmodellen für sparsame Kühlschränke oder Waschmaschinen.

5. Wir werden unsere heimischen Energiequellen konsequent nutzen

Ein ständig steigender Anteil von Erneuerbaren Energien sowie unsere Braunkohle und unsere Steinkohle sind unsere Versicherung gegen die Preis- und Lieferrisiken auf den Energie- und Rohstoffmärkten der Welt. Deshalb setzen wir uns für den weiteren planmäßigen Braunkohlenabbau und einen Sockelbergbau in der Steinkohle ein. Unsere heimischen fossilen Rohstoffe bewahren wir auch als stoffliche Basis unserer Industrie, auf der unser Wohlstand beruht,

6. Wir werden den Erneuerbaren Energien in NRW zum Durchbruch verhelfen

Derzeit liegt NRW auf einem beschämenden 12. Platz im Vergleich der Bundesländer. Das werden wir ändern. Hemmnisse für den Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir systematisch abbauen. Wir werden ein Programm „1.000.000 Dächer Solarthermie“ auflegen. Wir werden dem Repowering von Windenergieanlagen in NRW zum Durchbruch verhelfen. Deshalb werden wir bestehende Windräder durch modernere, leistungsfähigere und leisere Anlagen ersetzen. An vielen Standorten kann so mit weniger Anlagen als heute mehr Strom produziert werden.

7. Wir werden hocheffiziente und klimafreundliche Kohlekraftwerke fördern

Wir haben durchgesetzt, dass diejenigen Stromproduzenten Investitionszuschüsse erhalten können, die auf neue hocheffiziente Kraftwerke setzen. Diese Fördermöglichkeiten stehen großen und kleinen Energieversorgern gleichermaßen offen, die in Kraft-Wärme-Kopplung oder Kondensationskraftwerke mit besonders hohen Wirkungsgraden investieren wollen.

8. Wir werden unsere Stadtwerke stärken

Der Energiemarkt wird immer noch beherrscht von den vier großen Energiekonzernen. Wir werden den Stadtwerken in NRW wieder eine breite wirtschaftliche Betätigung im Energiemarkt ermöglichen, um damit den Wettbewerb zu stärken und neue, innovative und dezentrale Strukturen für

Energieerzeugung und Dienstleistungen zu schaffen. Deshalb werden wir den § 107 der Gemeindeordnung ändern.

9. Wir werden die Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und ein Fern- und Nahwärmeprogramm für NRW auflegen

Strom wird heute noch zum größten Teil in Kraftwerken erzeugt, die Wärme ungenutzt an die Umgebung abgegeben. In der Nachbarschaft vieler Kraftwerke werden zum Teil schlecht isolierte Gebäudebestände mit Öl, Gas oder sogar mit Strom beheizt. Um Kosten zu sparen, Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen, werden wir die gemeinsame Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme im Dialog mit den Städten und Gemeinden nach vorne bringen. Wir werden dazu z. B. die Wärmeauskopplung in Kraftwerken, den Bau und Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen und den Austausch umweltschädlicher Elektroheizungen fördern (Zukunftsinvestitionsprogramm / ZIP 3).

10. Wir werden Stromtankstellen an Rhein und Ruhr einrichten

Der Autoverkehr ist laut, verantwortlich für gesundheitsschädliche Staub und Schadstoffe und klimaschädlich. Von den modernen PKW-Konzepten lässt gerade im Ballungsraum Rhein-Ruhr die Elektromobilität in den nächsten Jahren die größten Fortschritte erwarten. Der Einsatz von Elektromobilität ermöglicht eine noch bessere Integration der Erneuerbaren Energien in eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb werden wir uns auf den Ausbau der Elektromobilität konzentrieren. Wir werden an Rhein und Ruhr im Dialog mit der Autoindustrie, der Energiewirtschaft und der Forschung Stromtankstellen einrichten.

11. Öffentlicher Nahverkehr ist Umwelt- und Klimaschutz!

Neben dem Ausbau der Straßennetze, wollen wir mit der Stärkung des ÖPNV die zentrale Alternative zum Individualverkehr definieren. Wir sehen uns einem geschärftem Umweltbewusstsein der Bevölkerung gegenüber stehen – mündige Bürger erwarten und fordern die Vorhaltung einer qualitativ hochwertigen Alternative zur individuellen Motorisierung. Nicht zuletzt ist ÖPNV Strukturpolitik und im Sinne weicher als auch harter Standortfaktoren ein wichtiger und in Zukunft an Gewicht hinzu gewinnender Faktor. Deshalb werden wir den ÖPNV stärken und die Forschung für alternative Kraftstoffe weiterentwickeln. Der ÖPNV muss bessere Angebote an die Bürgerinnen und Bürger machen, er muss pünktlich und preisgünstig sein und im Ballungsraum Rhein/Ruhr und auch in der Fläche, in Westfalen und im Rheinland und ein attraktiver Partner für die Menschen sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass keine weiteren Bahnstrecken stillgelegt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Reaktivierung bereits still gelegter Strecken im öffentlichen Raum.

Die NRWSPD setzt dabei auf die Gestaltungskraft der Menschen und auf technologischen Fortschritt. Mit der hier vorgelegten umfassenden Strategie legen wir ein Konzept vor, mit dem es gelingen wird, Ökonomie und Ökologie im 21. Jahrhundert zu wechselseitigem Nutzen zu entwickeln und damit nachhaltiges Wachstum und neuen Fortschritt zu ermöglichen.

Unser Leitprinzip heißt Nachhaltigkeit. Damit verbinden wir ökonomische und ökologische Innovationskraft eng mit sozialer Gerechtigkeit. Nachhaltigkeit ist auch Richtschnur für die sozialdemokratische Neuausrichtung unserer Wirtschaft: Die neuen Chancen, die wir durch einen konsequenten Umbau der Industriegesellschaft zu einer zukunftsfähigen Volkswirtschaft eröffnen, müssen genauso fair verteilt werden, wie die Lasten, die in diesem Prozess entstehen.

Diese großen Herausforderungen erfordern neue Konzepte und mutige Vorreiter. Dafür sind leistungsfähige Unternehmen und Regionen erforderlich, aber auch starke Länder, die eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir sind dazu bereit – in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in der Europäischen Union.

Wir bekennen uns zum Industriestandort NRW. Unsere Industriepolitik orientieren wir an den Bedürfnissen der Menschen. Für wirtschaftlichen Erfolg sind leistungsfähige, ertragsstarke Unternehmen erforderlich. Leistungsfähige Unternehmen sind ein Garant für den Wohlstand aller. Wirtschaftliche Kennzahlen dürfen dabei aber kein Selbstzweck sein. Nachhaltige Wirtschaftspolitik stellt den langfristigen Nutzen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über kurzfristige Renditeerwartungen. „Made in Germany“ ist ein weltweites Markenzeichen und hat uns zum Exportweltmeister gemacht. Dies haben wir nicht durch Billigproduktion erreicht, sondern durch

ständige Fortschritte bei unseren qualitativ hochwertigen Produkten. Wir in NRW haben die Kompetenz, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe, Atomausstieg und Klimaschutz in Einklang zu bringen und damit die Grundlagen unseres Wohlstandes zu erhalten.

Die Menschen erwarten auch einen klaren politischen Kurs in der Politik gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels. Diese Erwartungen bestehen quer durch die Gesellschaft; Unternehmen, Städte und Gemeinden wie auch Bürgerinnen und Bürger wollen Sicherheit für die Zukunft und Lebensplanung.

Um erfolgreich zu sein, brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens in Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Verbänden, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir vor allem die Chancen für neue Beschäftigung, die aus einer konsequenten ökologischen Industriepolitik erwachsen, dazu nutzen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die den Kriterien von guter Arbeit genügen.

Die NRWSPD ist bereit und entschlossen, Motor dieser Entwicklung zu sein. Zukunft braucht Mut.

I.1 Klimaschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

Der Schutz unseres Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen gehört zu den größten politischen Herausforderungen. Schon jetzt spüren wir die Folgen des Klimawandels. Die Erderwärmung hinterlässt überall ihre Spuren, sie verursacht schon heute Milliarden Schäden, sie bedroht unsere Gesundheit und unseren Wohlstand. Nicht zuletzt der Orkan Kyrill hat dazu beigetragen, dass auch die Menschen in NRW Klimaschutz hautnah als eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begreifen. Er hat auch gezeigt, wie vielschichtig und weitgreifend die Anforderungen sind, die der Klimawandel an verantwortliche Politik stellt. Und schließlich: Er trifft überall auf der Welt die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders hart; Klimaschutz ist ein Gebot entwicklungs-, sicherheits- und friedenspolitischer Vernunft.

Klimapolitik ist auch in Deutschland schon lange eine soziale Frage geworden. Die steigenden Energiepreise belasten nicht mehr nur die Menschen die staatliche Transferleistungen beziehen. Auch die Normalverdiener spüren die Auswirkungen. Ein wichtiges Ziel der Politik muss es sein, den Menschen zu helfen, immer weniger von der immer teurer werdenden Energie zu verbrauchen. Nur so können die Kostensteigerungen abgefangen werden.

Haushalte mit einem geringen Einkommen und ohne die Möglichkeit, Vermögen anzusparen sind die Verlierer in der Gesellschaft. Die steigenden Energiekosten führen zu Verschuldung und Überschuldung, Bildungsferne, gesundheitlichen Schäden und weiterem Verzicht auf gesellschaftliche Teilhabe. Von den 18.000.000 Menschen in NRW gelten 2.582.309 als armutsgefährdet, das entspricht 14,3 % der Bevölkerung. Diese Menschen haben dann weniger als 615 € im Monat zur Verfügung.

Andere Statistiken zeigen auf, dass seit 2002 knapp ein Viertel der Bevölkerung weniger als 60% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung hat und von daher davon ausgegangen werden kann, dass ein Viertel der Bevölkerung über keinerlei finanzielle Ressourcen verfügt. Die Haushalte, die dem untersten Fünftel der Einkommensverteilung angehören, geben im Durchschnitt mehr Geld aus, als sie einnehmen. Daher verfügen sie über keinerlei Möglichkeit, Ansparungen für notwendige Anschaffungen wie Kühlschrank, Fahrrad oder für unkalkulierbare Wechselfälle des Lebens wie Erkrankung des Partners/der Partnerin oder Arbeitslosigkeit anzusparen. Auch der Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersversorgung ist so kaum möglich. Über 2/3 der Einnahmen (71,4 %) werden für den Lebensunterhalt (Wohnen, Ernährung, Kleidung, Gesundheit) ausgegeben.

Dass die Anzahl der verschuldeten Haushalte steigt (2005 mindestens 720.000 Personen in NRW), ist nicht verwunderlich. Reicht doch schon ein unkalkulierbarer Wechselfall des Lebens oder eine Strom- und Heizkostennachzahlung aus, um den gesamten Haushaltsplan ins Wanken zu bringen. Personen und Haushalte, die Leistungsempfänger und -empfängerinnen nach dem SGB II (umgangssprachlich: Hartz IV) oder SGB XII (Sozialhilfe) sind, sollten ihre Heizkosten in angemessener Höhe erstattet bekommen. Die Stromkosten sind anteilig im Regelsatz enthalten.

Die energetische Sanierung von Gebäuden muss gerade für diejenigen durchgesetzt werden, die heute in schlecht isolierten Wohnungen leben. Der Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels darf keine Frage des Einkommens sein. Für die SPD steht auch bei der Klimapolitik der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns.

Gerade NRW zählt dank der Stärke seiner Industrie zu den Gewinnern der Globalisierung. Aber nicht jeder in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, dass selbst florierende Unternehmen verlagert werden. In Zeiten von Globalisierung und ökologischen Herausforderungen ist Nachhaltigkeit unser Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit und der Dominanz der rein betriebswirtschaftlichen Logik widerstehen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung: Qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit durch Gestaltung der Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität. Dies gilt in ganz Deutschland und in Nordrhein-Westfalen umso mehr.

I.2 Klimaschutz ist Regierungsaufgabe

Auch durch die neuen globalen Herausforderungen wachsen der Politik neue Aufgaben zu. Hierzu gehören der Klimaschutz, die soziale Integration von Millionen Menschen und der demographische Wandel. Knapper werdende Ressourcen und Klimakatastrophen bergen ein enormes Konfliktpotenzial. Klimaschutz und Zugang zu Energie, Rohstoffen und Wasser sind im globalen Zeitalter eine herausragende Frage der internationalen Sicherheit. Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung.

Das Ziel für Deutschland ist klar formuliert: wir wollen bis zum Jahr 2020 insgesamt 270 Mio. Tonnen CO₂ jährlich einsparen, das entspricht einer Minderung von 40% gegenüber 1990. Die Bundesrepublik folgt damit den Empfehlungen der Wissenschaft und bleibt Vorreiter im internationalen Klimaschutz. Dies ist gut für das Klima, gut für die Wirtschaft und gut für die Menschen in Deutschland.

Die Roadmap für Klima, Energie und Wachstum von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel nennt folgende Bausteine für die Klima- und Energiepolitik bis zum Jahr 2020:

1. Wir werden die Energieversorgung dauerhaft sicherstellen.
2. Wir werden unsere Energiekosten senken und 500.000 neue Arbeitsplätze schaffen.
3. Wir werden mehr als 30 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen.
4. Wir werden den Atomausstieg bis 2022 umsetzen.
5. Wir werden 40 % des Stroms aus hocheffizienten Kohlekraftwerken bereitstellen.
6. Wir werden eine bundesweite Netz-Gesellschaft gründen und unser Stromnetz umweltverträglich und effizient ausbauen.
7. Wir werden unseren Stromverbrauch um 11 % senken.
8. Wir werden den fossilen Wärmebedarf um mindestens 25 % senken und die Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 % verdoppeln.
9. Wir werden unsere Emissionen im Verkehr um mindestens 20 % senken.
10. Wir werden die internationalen Klimaverhandlungen zum Erfolg führen.

Nordrhein-Westfalen muss und kann seinen Beitrag hierzu leisten, hat durch seine Stärken in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft aber auch die größten Chancen. Dies zeigen einige wenige Zahlen: NRW hat alleine einen Anteil von 27 % am deutschen Energieverbrauch. Noch deutlicher ist die Lastenverteilung in der Energiewirtschaft und in der Industrie: ca. 44 % der CO₂-Emissionen, die vom Emissionshandel umfasst sind, entstehen in NRW. In Nordrhein-Westfalen mit ca. 18 Mio. Einwohnern auf einer Fläche ca. 34.000 km² ist die Bevölkerungsdichte mit 530 Einwohnern pro km² mehr als doppelt so groß wie im Bundesschnitt und 7-mal so groß wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern. Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern und im Industrieland Nordrhein-Westfalen müssen wir deshalb verschiedene Wege gehen, um unser gemeinsames Klimaschutzziel zu erreichen.

Für die zukunftsfähige Ausgestaltung des Zukunftsmotors Klimaschutz in Deutschland kommt es deshalb auf Nordrhein-Westfalen an:

- Ohne NRW sind die deutschen Klimaschutzziele nicht zu erreichen.
- NRW ist von den notwendigen Maßnahmen besonderes betroffen.
- In NRW ist das Know-how für emissionsarme und effiziente Technologien im besonderen Maße vertreten.

Wir überwinden den scheinbaren Gegensatz von Umwelt und Arbeit. Wir verbinden beide. Dies ist für das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen von überragender Bedeutung. Unsere Antwort auf den Klimawandel ist eine ökologische Industriepolitik, die den Klimaschutz als Fortschrittmotor nutzt, nicht eine De-Industrialisierung. Auch deshalb ist es wichtig, Kohle, Öl und Gas als stoffliche Basis unserer Industrie so lange wie notwendig zu bewahren, um unseren Wohlstand zu sichern. Sie sind zu kostbar, um nur verheizt zu werden.

Das Jahr 2008 hat dies allen deutlich vor Augen geführt, es markiert eine Zeitenwende. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, wie weit sich bestimmte Teile der Weltwirtschaft von der Realität entfernt haben. Die Finanzkrise hat dabei diejenigen Staaten besonders hart getroffen, die nicht über eine leistungsfähige Industrie verfügen. Gerade dann, wenn die Seifenblasen internationaler Finanzjongleure zerplatzen, ist klug, sich auf echte Werte zu besinnen.

Eine zentrale Erkenntnis der Finanzmarktkrise ist, dass moderne Wirtschaftspolitik auf industrielle Wertschöpfung nicht verzichten kann. Die SPD hat in der großen Koalition durchgesetzt, dass die energetische Sanierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen und die energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen Schwerpunkte in den Konjunkturpaketen I und II werden. Damit tun wir gleichzeitig etwas für den Klimaschutz, die Kommunalfinanzen und für viele Mieter. In NRW müssen solche Ansätze verstärkt und verstetigt werden. z. B. durch umfangreiche Programme der Wohnungsbauförderungsanstalt für den sozialen Wohnungsbau.

Die Menschen werden sich angesichts des Zusammenbruchs der Finanzmärkte bewusst: Das radikale "Privat vor Staat" bietet keine Lösung für die Probleme der Gemeinschaft, sondern schadet ihr. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Politik ihrer Verantwortung gerecht wird. Sie muss Fragen beantworten und sie muss jetzt Entscheidungen für eine positive Zukunft für alle treffen. Gleichzeitig erleben wir eine zunehmende Skepsis in breiten Bevölkerungskreisen gegenüber industriepolitischen Großprojekten in Nordrhein-Westfalen, auf die die schwarz-gelbe Landesregierung keine Antwort gibt. Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen unseren Beitrag leisten, dass die über Jahrzehnte in NRW gewachsene Akzeptanz von industriellen Großprojekten wieder zurück gewonnen wird. Dabei ist Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Aufgabe des Staates klar: Weder eine Bevormundung der Menschen noch ein Rückzug des Staates aus der gesellschaftlichen Verantwortung werden den zu bewältigenden Herausforderungen gerecht. Deshalb ist die neoliberale Ideologie "Privat vor Staat" genau so falsch wie eine Ideologie "Staat vor Privat". Wir stehen für den vorsorgenden Sozialstaat, der die Leitplanken für ein nachhaltiges wirtschaftliches Handeln setzt.

In einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung packen wir folgendes in einem „Sofortprogramm Fortschrittmotor Klimaschutz für NRW“ an:

I.3 Klimaschutz nutzt Verbrauchern und Wirtschaft

Für Sozialdemokraten steht der Mensch im Vordergrund. Arbeiten, wohnen und gut leben sind Grundbedürfnisse aller Menschen.

Besser arbeiten für alle Menschen in NRW durch mehr Klimaschutz

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit. Deshalb wollen wir Vollbeschäftigung. Eine konsequente Klimaschutzpolitik kann Fortschrittmotor für gute Arbeit sein; sie führt zu neuen Produkten, Dienstleistungen, zu neuer Wertschöpfung und neuen zukunftsfesten Arbeitsplätzen; Klimaschutz ist ein Modernisierungsprogramm für unsere Volkswirtschaft. Die Erforschung und Entwicklung von neuen Werkstoffen und neuen chemischen Produkten, von hocheffizienten Anlagen und Maschinen senken Verbrauch und Kosten der privaten Haushalte und der Unternehmen. Forschung und Entwicklung in Klimaschutztechnologien führen zu neuen Produkten und neuen Dienstleistungen, die in Deutschland, Europa und weltweit nachgefragt werden - schon heute und noch mehr morgen. Die

Stärkung der erneuerbaren, heimischen Energien verhindert eine noch größere Abhängigkeit von Energieimporten.

Besser wohnen für alle Menschen in NRW durch mehr Klimaschutz

Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Durch neue Heizungen und bessere Isolierung steigern wir den Wohnkomfort und senken die Nebenkosten. Wir wollen damit die „zweite Miete“ begrenzen. Wohnraum muss für alle bezahlbar sein. Gerade auch deshalb setzen wir auf erneuerbare, heimische Energien, auf ein ehrgeiziges Programm für Sonnen-wärme und Erdwärme sowie auf den Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (Vorbild: 100.000 Dächer Programm, 50 Solarsiedlungen NRW).

Besser leben für alle Menschen in NRW durch mehr Klimaschutz

Sparsame und sauberere Autos, gut isolierte Häuser, der Einsatz von Solar- und Erdwärme senken Ressourcenverbrauch und Kosten - und steigern die Lebensqualität. Wirksamer Klimaschutz hilft unserer Umwelt und fördert unsere Gesundheit, hält unsere Städte, Dörfer und Landschaften lebenswert und mindert Bedrohungen durch Naturgefahren.

Aufgrund der Endlichkeit von fossilen Brennstoffen ist trotz einer kurzfristig wirksamen Preisespannung mit immer heftiger steigenden Preisen für Benzin und Diesel zu rechnen. Die Vorhaltung eines bezahlbaren ÖPNV ist somit eine wichtige Voraussetzung dafür, langfristig auch eine bezahlbare Mobilität der gesamten Bevölkerung sicherzustellen.

Klimaschutz in NRW im Jahr 2008: schwarz-gelbe Landesregierung versagt

"Privat vor Staat" ist eine lebensfremde Ideologie und kein Konzept gegen den Klimawandel - Regierungshandeln ist gefragt. Die schwarz-gelbe Landesregierung ignoriert den Klimawandel und verpasst damit einzigartige wirtschaftliche Chancen für das Energieland Nordrhein-Westfalen:

- Das konkrete Klimaschutzkonzept für NRW, dass die SPD in Regierungsverantwortung bis 2005 erarbeitet hat, wird nicht weiter entwickelt.
- Die Landesregierung hat im Mai 2008 ein so genanntes Klima- und Energiekonzept vorgelegt, dass keine konkreten Maßnahmen für CO₂-Minderungsziele für NRW enthält. In fast vier Regierungsjahren ist des CDU und FDP noch nicht einmal gelungen, eine Studie in Auftrag zu geben, die das Potenzial für Kraft-Wärme-Kopplung in NRW ermittelt.
- Der ideologische Feldzug gegen die Windenergie schadet unserem Land und kostet Arbeitsplätze. Das Bochumer Unternehmen Eickhoff fertigt neue Windkraftgetriebe jetzt in Sachsen. Bei der Nutzung der Erneuerbare Energien hat die schwarz-gelbe Landesregierung das einst stolze Energieland NRW im Vergleich der Bundesländer auf einen beschämenden 12. Platz geführt.
- Im Landtag haben CDU und FDP einen Sonderausschuss Klimawandel mit allen Mitteln verhindert. Sie wollten nicht, dass die Ressortstreitigkeiten innerhalb der Landesregierung offenkundig werden.
- Das Kraftwerkserneuerungsprogramm, mit dem die Stromerzeugung 30 % effizienter werden kann, stockt trotz vollmundiger Ankündigungen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Erste Projekte liegen bereits auf Eis. Der schwarz-gelbe Feldzug gegen die Stadtwerke drängt diese als wichtige neue Marktteilnehmer an den Rand und schwächt den Wettbewerb.
- Wir in NRW sind vor Jahrzehnten aus der Atomenergie ausgestiegen. Schwarz-gelb redet der Atomlobby das Wort, um wirksamen Klimaschutz zu umgehen; Aussagen zu Standort und Endlagerung werden verweigert. CDU und FDP wollen die Wiederbelebung der Atomenergie.
- Die Mittel für die Effizienzberatung der kleinen und mittleren Unternehmen wurden brutal zusammengestrichen (Produktionsintegrierter Umweltschutz - PIUS); die Förderungen der erneuerbaren Energien aus dem erfolgreichen REN-Programm wurden halbiert. Dies schadet dem Klima, der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Beim Anteil der Unternehmen der Erneuerbare Energienbranche liegt NRW im Vergleich der Bundesländer auf dem vorletzten Platz.

II. Fortschrittmotor Klimaschutz

Die globale Herausforderung des Klimawandels erfordert unverzüglich aktives Handeln auf allen Ebenen. Jeder Einzelne, die Gemeinde, eine Region und auch das Land Nordrhein-Westfalen müssen jeweils ihren spezifischen Beitrag leisten. Die NRWSPD ist sich der Verantwortung bewusst, die das Industrie- und Energieland NRW für Deutschland hat. Das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen muss Vorreiter für rasante Effizienzsteigerungen beim Einsatz von Material, Rohstoffen und Energie sein. Dies ist der wirksamste Beitrag zu einem sparsamen Umgang mit endlichen Ressourcen. Das Industrie- und Energieland NRW muss Vorreiter beim dynamischen Ausbau der Produktionskapazitäten für die Nutzung erneuerbarer Energieträger sein. Damit wird der Umstieg in eine solare Wirtschaft ermöglicht. Die ökologischen Probleme werden zunehmend auch zu ökonomischen Problemen. Wenn wir klimapolitisch nicht handeln, könnte das zwischen 5 und 15 Prozent des Weltsozialprodukts kosten. Wenn wir weltweit innerhalb der nächsten 10 Jahre die richtigen Schritte einleiten, kann es uns gelingen, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen und die Auswirkungen beherrschbar zu halten.

Nordrhein-Westfalen kann wegen seiner hohen technologischen Leistungsfähigkeit auch Überdurchschnittliches leisten, wie es bis zum Regierungswechsel 2005 beispielhaft gezeigt hatte. Damit müssen wir sofort wieder beginnen.

Die SPD wird in Regierungsverantwortung in NRW folgendes unverzüglich umsetzen:

- Wir entwickeln konkrete CO₂-Minderungsziele für die einzelnen Bereiche in NRW; z. B. Energieerzeugung, Industrie, Gebäude, Verkehr.
- Wir entwickeln einen ressortübergreifenden Förderansatz zur Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Klimaschutztechnologien, z. B. Energiespeicherung, Brennstoffzelle, Hochtemperatur-Solarthermie, neue Getriebe und neue Materialien. Das stärkt die Wirtschaftsstrukturen und schafft neue Arbeitsplätze in NRW.
- Wir werden ein Klimaschutzkonzept für NRW erarbeiten, das alle deutschen Klimaschutzziele und -maßnahmen umfasst. Mit dem Leittrag setzen wir den klimapolitischen Rahmen und starten wir in einen Prozess, bei dem mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen den richtigen Weg hin zu einer nachhaltigen Umgestaltung Nordrhein-Westfalens beschreiten.
- Wir werden eine Biomassestrategie entwerfen, die alle brach liegenden Potenziale in der Land- und Forstwirtschaft nutzt. Unser Wald muss z.B. besser zur nachhaltigen Energieversorgung genutzt werden. Deshalb wollen wir den Staatswald erhalten und die Unterstützung der kleinen Waldbesitzer durch die Förster verbessern.
- Wir werden sämtliche Akteure in NRW dabei unterstützen, die neuen Fördermöglichkeiten, die sich aus den Einnahmen des Emissionshandels insbesondere ab 2013 ergeben, zu nutzen.

II.1 Einen neuen Fortschritt durchsetzen

Nachhaltigkeit ist seit langem eine wichtige Orientierung der Umweltpolitik. Zunehmend tritt aber eine zweite hinzu: Innovation. Umweltpolitik wird zum Innovations- und Modernisierungstreiber für Wirtschaft und Gesellschaft. Umwelt, Innovation, Beschäftigung – dieser Dreiklang wird zum Fundament gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erneuerung. In einer modernen, zukunftsfähigen Gesellschaft sind Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaftswachstum kein Widerspruch, im Gegenteil, sie bedingen einander:

- Umweltpolitik wird zu einer intelligenten Form nachhaltiger Wirtschaftspolitik,
- Klimaschutzpolitik wird zur Volkswirtschafts-Schutzpolitik,
- Energiepolitik, die auf Erneuerbare Energien setzt, wird Sicherheitspolitik und
- alles drei verringert unsere Abhängigkeit von der Macht- und Ressourcenpolitik anderer Staaten.

Um der veränderten Rolle gerecht zu werden, muss sich auch die Umweltpolitik weiterentwickeln: Sie muss zur Innovationspolitik werden, sie muss vom Mahner zum Antreiber werden. Der Reparaturbetrieb von gestern wird so zum Konstruktionsbüro von heute und morgen.

Eine innovationsorientierte Umweltpolitik muss die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch sowie die Umstellung auf erneuerbare Ressourcen ins Zentrum ihres politischen Handelns stellen. Darum müssen wir Forschung und Entwicklung voranbringen, unsere Produktionsprozesse umgestalten, neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und innovative Infrastrukturen und Infrastrukturkonzepte erarbeiten. Wir können die Probleme der Industriegesellschaft nur mit den Mitteln der Industriegesellschaft lösen. Deswegen geht es nicht um Rückbau der Industriegesellschaft, sondern um deren Fortentwicklung. Wir brauchen einen neuen Fortschritt und eine dritte industrielle Revolution – die Effizienzrevolution, die eine wirtschaftliche Produktivitätssteigerung an der absoluten Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und an der Schadstoffminderung ausrichtet – und damit die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht. Dies ist unsere Alternative zur einseitigen Belastung des Faktors Arbeit.

Schon in der Vergangenheit hat Umweltpolitik den technologischen Wandel aktiv gestaltet:

- Mit Ordnungspolitiken und Grenzwerten hat sie wichtige Standards gesetzt und damit technologische Entwicklung angestoßen und ihr eine Richtung gegeben.
- Mit Anreizinstrumenten hat die Umweltpolitik ebenso wie mit gezielter Forschungsförderung Innovationen gefördert – von der technologischen Entwicklung über die Markteinführung bis hin zur Massenproduktion und massenhaften Anwendung.
- Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie z. B. der Ökosteuer, dem Emissionshandel oder dem EEG hat die Umweltpolitik dem Umbau der Industriegesellschaft Fahrt verliehen.

Daran wollen wir mit einer innovationsorientierten Umweltpolitik anknüpfen und die technologische Entwicklung noch stärker als bisher zum Bezugspunkt der Politik machen. So führt neuer Fortschritt auch zu neuer Beschäftigung. Denn die Umwelttechnik „made in Germany“ hat sich längst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt, der Millionen Menschen Brot und Arbeit gibt.

II.2 Ökologische Märkte fördern

Der globale Bedarf an Umwelttechnik, an Ökoinnovationen und an Ressourcen schonenden Produktionsanlagen wird in den kommenden Jahrzehnten enorm wachsen, vor allem in den Bereichen:

- Nachhaltige Energieerzeugungs- und Kraftwerkstechnologien
- Energieeffizienztechnologien
- Materialeffizienztechnologien
- Energetische und stoffliche Nutzung erneuerbarer Ressourcen
- Wassersparende Technologien
- Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien
- Mobilitätskonzepte, Antriebstechnologien und Kraftstoffe
- Intelligente Siedlungs- und Gebäudekonzepte

Das globale Marktvolumen dieser Märkte wird heute schon auf rund 1.000 Milliarden Euro veranschlagt. Bis zum Jahr 2020 könnte es sich bereits mehr als verdoppelt haben - mit entsprechend positiven Folgen für die Beschäftigung in diesem Wachstumssegment. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft wird davon besonders profitieren:

- Die Energiewirtschaft hat einen besonderen Schwerpunkt in NRW. Fast 20% der deutschen Energieversorgungswirtschaft hat ihren Sitz in NRW. Rund 3.000 Betriebe aus dem Bereich des regenerativen Anlagen- und Systembaus arbeiten in NRW. An mehr als 20 Standorten wird an neuen Energietechnologien geforscht. .

- Verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen und Hochschulen in NRW decken Forschung und Lehre in dem Teilbereich Ressourceneffizienz ab. Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie befasst sich z.B. mit Energie- und Ressourceneffizienz. An der RWTH Aachen wird das Exzellenzcluster "Integrierte Produktionstechnologie" im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes gefördert.
- Eine Studie des Instituts für Wirtschaft bewertete die Rohstoff- und Energieersparnis, die durch das Recycling von Sekundärrohstoffen gewonnen werden, auf 3,7 Milliarden Euro jährlich. Recyclingtechnik wird also ein wichtiger Markt werden. Etwa 30 % der Betriebe in der Recycling- und Abfallwirtschaft haben ihren Sitz in NRW. Viele Stadtwerke gehen in diesem Bereich mit innovativen Techniken voran.
- Die Wasser- und Abwassertechnologien NRW hat mit den Stadtwerken und den Wasserverbänden eine dezentrale mittelständische Struktur, die kontinuierlich in neue Technik investiert. Die Branche erwirtschaftet in NRW einen Umsatz von rund 3,1 Mrd. Euro. In den Forschungseinrichtungen in NRW wird die gesamte Breite der Wasser- und Abwassertechnologie abgedeckt. So forscht die RWTH Aachen an den Themen Siedlungswasserwirtschaft, Wasser- und Abfallwirtschaft, Wasserbau und Wasserwirtschaft, die FH Münster im Bereich Abfall- und Abwasserwirtschaft.
- Dem Mobilitätsbedürfnis und steigenden Rohölpreisen muss mit intelligenten Verkehrskonzepten begegnet werden. Die Automobilindustrie steht beispielsweise vor die Aufgabe, neue emissionsarme und umweltfreundlichere Autos zu entwickeln, die mit neuen Kraftstoffen und neuen Antriebstechniken ausgestattet sind. Die Mobilität und Verkehrstechnologien sind in NRW mit über 200 Automobilherstellern vertreten, das sind rund 10% der bundesweiten Hersteller. Rund 20% der Betriebe aus der Bahnwirtschaft haben hier ihren Sitz. NRW ist ein Zentrum zur Entwicklung neuer Antriebstechniken. Das Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik hat seinen Sitz in NRW, die RWTH Aachen forscht an emissionsarmen Verbrennungsmotoren und die Universität Paderborn forscht an neuen Bahntechniken.

NRW ist, wie kein anderes Bundesland in Deutschland, von der Energiewirtschaft geprägt. Hier haben die größten Energieversorger ihren Sitz, die Kohleförderung hat nicht nur das Ruhrgebiet über Jahrzehnte geprägt. Viele der Firmen, die als Bergbauzulieferer einen guten Namen haben, haben sich mit Komponenten für die Nutzung regenerativer Energieformen ein zweites Standbein geschaffen. Maschinenbauer fertigen heute Getriebe und Generatoren für Windkraftanlagen und liefern ihre Technologie mit großem Erfolg in die ganze Welt. Hier entwickeln sich heute schon neue Potentiale für effizienteres Wirtschaften.

II.3 Innovationen stärken

Wir wollen den Technologiewandel aktiv vorantreiben, um unsere Industrie auf die neuen Knappheiten bei Ressourcen einzustellen. So schaffen wir neues Wachstum, Stabilität, neue Wertschöpfung und neue Beschäftigung.

Wer dazu allein auf den Markt und den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren setzt, riskiert nicht bloß „Marktversagen“ – er schafft keine Zukunft. Wir brauchen aber eine übergreifende und koordinierte Modernisierungsstrategie:

- Die ökologische Industriepolitik muss frühzeitig Technologiesprünge antreiben und ökologisch und ökonomisch erforderliche Innovationen schneller in die Anwendung bringen,
- sie muss unsere Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zukunft machen und die strategischen Zukunftsindustrien stärken,
- sie muss die industrielle Struktur unserer Wirtschaft auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen,
- sie muss die stoffliche und energetische Basis, auf der die Industrie fußt, sichern. Kohle, Öl und Gas sind zu kostbar, um sie kurzfristig zu verheizen. Deshalb wollen wir in der Energiegewinnung den Anteil erneuerbarer Quellen stetig erhöhen, um die endlichen fossilen Rohstoffe als stoffliche Basis unserer Industrie, auf der unser Wohlstand beruht, zu bewahren. Wir setzen gleichzeitig noch stärker als bisher auf die Mehrfachnutzung von nachwachsenden, fossilen und den endlichen mineralischen Rohstoffen in möglichst geschlossenen Stoffkreisläufen.

Eine ökologische Industriepolitik kann den technologischen Wandel nicht verordnen. Aber sie bedient sich eines Staates, der als Pionier neue Entwicklungspfade ermöglicht, Wege weist, aktiv mithilft und der langfristiges und strategisches Handeln kurzfristigen Interessenskalkülen gegenüberstellt.

Als Motor des technologischen Wandels muss die ökologische Industriepolitik

- die Forschungsförderung auf Ressourceneffizienz und Energieintelligenz konzentrieren und die ökologischen Querschnittstechnologien systematisch fördern (Nanotechnologie, weiße Biotechnik, Green Chemistry, Oberflächentechnik und Bionik)
- mit Markteinführungsprogrammen wie dem EEG die Voraussetzung für eine Massenproduktion von dringend benötigten technologischen Lösungen und Öko-Hightech schaffen,
- im Bereich der Umwelt- und Energietechnik „Vorreiter-Märkte“ aufbauen, denn wer globale Standards setzt, schafft beste Voraussetzungen für innovative Unternehmen und eine internationale Marktführerschaft,
- die dringend benötigten Technologiecluster ausbilden. Es bedarf einer besseren Zusammenarbeit und einer gegenseitigen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft,
- Exporte fördern und sich um die bessere Vermarktung der Umwelttechnik „Made in Germany“ kümmern und zugleich für einen Export erfolgreicher Politikinstrumente werben,
- das klassische umweltpolitische Ordnungsrecht innovationsfördernd ausgestalten. National und europaweit schärfere Grenzwerte üben, wenn sie rechtzeitig und planungssicher langfristig angekündigt werden, einen heilsamen Innovationsdruck auf die Industrie aus.

II.4 Arbeit und Umwelt gehören zusammen

Um Umwelt und Wirtschaft auf Zukunftskurs zu bringen, brauchen wir mehr als nur eine gute Umweltpolitik. Wir brauchen eine bessere Koordination innerhalb und zwischen den Politikfeldern mit den Ressorts. Wirtschafts-, Forschungs-, Infrastruktur-, Bau-, Agrar-, Außen-, Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitik müssen intelligent verknüpft werden. Deshalb wollen wir ein Industriekabinett, mit dem wichtige Ressorts gezwungen werden, ihre Politiken zu koordinieren und neu auszurichten. Das verstärkt politische Impulse und ist die Voraussetzung einer konzertierten Strategie. Und wir brauchen den Brückenschlag in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft hinein. Neuer Fortschritt braucht einen "New Deal", einen Gesellschaftsvertrag für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung. Umwelt - Innovation - Beschäftigung: Das ist der Dreiklang, den wir gemeinsam erzeugen wollen und erzeugen müssen.

III. Energieversorgung Nordrhein-Westfalens umgestalten

Der sorgsame Umgang mit Energie und Rohstoffen und die Umstellung auf erneuerbare Ressourcen stehen im Zentrum erfolgreicher Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Vorhandene Effizienzpotenziale in den Bereichen Energieerzeugung, Verkehr, Bauen und Wohnen müssen ausgeschöpft werden. Durch die verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe und durch das Recycling von Altmaterialien können knappe Ressourcen geschont werden.

III.1 Energie – und Klimapolitik für alle Sektoren

Ökologisch notwendige und ökonomisch gebotene Umweltpolitik verbindet von vornherein Klimaschutz und Energiepolitik. Im Mittelpunkt steht ein zukunftsfähiger Energiemix, der auf moderne Technik setzt, vernetzte Dezentralität nutzt, Effizienzpotenziale ausschöpft und der Energieforschung einen hohen Stellenwert einräumt.

Nordrhein-Westfalen kann zum Ziel einer 40-prozentigen Reduktion der Treibhausgase bis 2020 in Deutschland als integraler Bestandteil eines europäischen 30-Prozent-Ziels beitragen:

Deutschlandweit sind folgende Ziele vorgegeben:

	Bereich	Maßnahme	Reduktionsziel Deutschland
1	Stromverbrauch	massive Steigerung der Energieeffizienz	11 Prozent 40 Mio. t CO ₂ -Einsparung
2	Stromerzeugung fossil	Alte Kraftwerke durch effizientere Kraftwerke ersetzen	30 Mio. t CO ₂ -Einsparung
3	Stromerzeugung durch erneuerbare Energien	Ausbau der Erzeugungskapazitäten	27 Prozent 55 Mio. t CO ₂ -Einsparung
4	Kraft-Wärme-Kopplung (20 Millionen. t CO ₂ -Einsparung)	Verdoppelung der effizienten Nutzung der KWK auf 25 Prozent	25 Prozent 20 Mio. t CO ₂ -Einsparung
5	Gebäudebeheizung und Produktionsprozesse	Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen	41 Mio. t CO ₂ -Einsparung
6	Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor		14 Prozent 14 Mio. t CO ₂ -Einsparung
7	Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung der Biokraftstoffe		17 Prozent 30 Mio. t CO ₂ -Einsparung
8	Reduktion der Emissionen von Methan, Lachgas und F-Gasen		40 Mio. t CO ₂ -Einsparung
	Gesamt		270 Mio. t CO₂-Einsparung

Eine vordringliche Aufgabe einer SPD-geführten Landesregierung wird es sein, für NRW konkrete Ziele und Potenziale auf der Basis der Meseberger Beschlüsse und des am 17. Dezember 2008 beschlossenen europäischen Klima- und Energiepaketes zu erarbeiten.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Integrierte Klima und Energieprogramm hat den Grundstein für eine Umsetzung dieser Ziele gelegt. Wir messen Bundesregierung und Bundestag an der zügigen und nachhaltigen Umsetzung dieses Programms. Dazu erwarten wir die Unterstützung aller Fachbereiche und aller Ministerinnen und Minister über Umweltausschuss und Umweltministerium hinaus.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, weitergehende Maßnahmen umzusetzen, um das 40-prozentige Reduktionsziel bis 2020 zu erreichen.

III.2 Einen nachhaltigen Energiemix aufbauen

Ein nachhaltiger Energiemix muss umweltverträglich sein und in einer veränderten Welt die Versorgung zu angemessenen Preisen sicherstellen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies u. a.

- Mit einer ambitionierten Effizienzstrategie und dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien vermindern wir die Abhängigkeit unseres Landes von Energieimporten.
- Modernste fossile Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle und Gas) mit den höchsten Wirkungsgraden (in der Regel mit einem Ausbau der KWK) tragen als Ersatz für ältere ineffiziente Anlagen zu einer deutlichen Verminderung der Emissionen bei und sind für die Versorgungssicherheit derzeit unverzichtbar.

- Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energie in den Bereichen Strom, Wärme/ Kälte und Biokraftstoffe trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit bei.
- Mit einer umfassenden Integration der Erneuerbaren Energien in die zukünftige Energieversorgung schaffen wir Nachhaltigkeit, Wachstum und Beschäftigung.
- Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die landesplanerischen Grundlagen im LEP und LEPro so ändern, dass die Nutzung erneuerbarer Energien als eigenständiges landes-planerisches Ziel definiert wird. Genehmigungsblockaden wie den Windenergieerlass, die sogar Effizienzverbesserungen (Repowering) behindern, heben wir auf.
- Wir unterstützen die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens dabei, erneuerbarer Energien auszubauen und damit den Gesamtanteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhöhen.
- Wir werden den Stadtwerken in NRW wieder eine breite wirtschaftliche Betätigung im Energiemarkt ermöglichen, um damit den Wettbewerb zu stärken und neue, innovative und dezentrale Strukturen für Energieerzeugung und Dienstleistungen zu schaffen.

III.3 Energie effizient nutzen

Riesige Potenziale liegen in einer kontinuierlichen Steigerung der Energieproduktivität. Unser Ziel ist die Steigerung der Energieproduktivität um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Das ist bereits mit heute verfügbaren Technologien erreichbar und rechnet sich auch wirtschaftlich. Dezentrale Strukturen liefern dazu einen Beitrag.

Notwendig ist ein Aktionsplan Energieeffizienz, der konsequent umgesetzt wird.

- Deutschland und die EU müssen die Effizienzforschung verstärken, damit unsere Unternehmen mit energieeffizienten Geräten auf den Weltmarkt gehen können. Wer die energieeffizientesten Produkte anbieten kann, hat im Wettbewerb um Marktanteile die Nase vorn.
- Der KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Höhe von rund 10 Prozent muss bis 2020 auf 25 Prozent gesteigert werden. Die SPD tritt dafür ein, dass als zentraler Bestandteil eines Investitionsprogramm Emissionshandel Investitionen gefördert werden, die den Primärenergieverbrauch massiv senken. Für NRW kommt es besonders darauf an, klimaschädlichen Altanlagen durch hocheffiziente neue Kraftwerke zu ersetzen, neue Kraftwerken möglichst als hocheffiziente KWK-Anlagen zu errichten und den Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze massiv zu fördern. Auf Bundesebene ist zu prüfen, ab Fristen für eine zeitliche Begrenzung des Weiterbetriebs von Altanlagen mit hohen CO₂-Emissionen eingeführt werden können
- Kleine und mittlere Unternehmen müssen durch einen Energieeffizienzfonds unterstützt werden, der ihnen bei der Ermittlung und Durchführung von Effizienzmaßnahmen hilft. Der Fonds muss angemessen ausgestattet werden.
- Für große Unternehmen müssen in Zukunft Steuerermäßigungen im Rahmen der Strom- und Energiesteuern an die Einführung von Energiemanagementsystemen geknüpft werden, damit nur betriebswirtschaftliche sinnvolle Energieverbräuche von Steuerermäßigungen profitieren. Diese Verpflichtung gilt nur für Unternehmen, deren Steuerentlastung mehr als 10.000 €/a beträgt.
- Die öffentliche Hand muss ihre Marktmacht gezielt nutzen. Die Landesregierung muss Anforderungen an die Beschaffung energieeffizienter Produkte festlegen.
- Mit dem so genannten Top-Runner-Ansatz wollen wir dynamische, verbindliche Standards festlegen, die sich an den besten Geräten orientieren. Alle Geräte werden für die Verbraucherinnen und Verbraucher ersichtlich mit den Betriebskosten des effizientesten Geräts verglichen. Nach einer angemessenen Übergangszeit dürfen dann nur noch Geräte verkauft werden, die mindestens so effizient sind wie die besten Geräte einige Jahre zuvor. So entsteht ein Wettbewerb zur Verringerung des Energieverbrauchs von Geräten und damit zur Verringerung der Betriebskosten.
- Wir brauchen eine Revitalisierung von Least-Cost-Planning in Deutschland und in der EU, um im Rahmen der Anreizregulierung Effizienzprogramme zugunsten von Privat-haushalten und Betrieben berücksichtigen zu können.

III.4 Kraftwerkspark erneuern

Eine Erneuerung des Kraftwerksparks in Deutschland ist überfällig. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass in Nordrhein-Westfalen die Weichen richtig gestellt werden.

Auf den Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung können wir für einen Übergangszeitraum nicht verzichten. Ziel muss es sein, dass neue, Klima schonendere Kraftwerke den veralteten und ineffizienten Kraftwerkspark dort ersetzen, wo trotz Effizienzsteigerung und Einsatz erneuerbarer Energien weiter die Produktion von Strom und Wärme aus fossilen Energien zunächst notwendig bleibt.

Mehr Wettbewerber auf dem Markt Energieerzeugung reizen Investitionen im Energieerzeugungsbereich an. Gerade die ortsnahe Versorgung bietet gleichzeitig große Einsparpotenziale und wirtschaftliche Chancen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt. Dabei kommt den Stadtwerken als Garant der Daseinsvorsorge eine Schlüsselrolle zu. Dafür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wieder geschaffen werden, die die schwarz-gelbe Landesregierung durch die ungerechte Veränderung der Gemeindeordnung vernichtet hat. Außerdem werden wir in Zusammenarbeit mit öffentlichen Förderbanken wie der NRW-Bank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Europäischen Investitionsbank ein Investitionsprogramm mit langfristig gesicherten Konditionen für kommunale Energieerzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung einführen.

III.5 Erneuerbare Energien beschleunigt ausbauen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine deutsche und sozialdemokratische Erfolgsstory. Von 4,8 Prozent Anteil an der Stromproduktion 1998 bis rund 15 Prozent bis 2008 haben wir in den vergangenen acht Jahren den Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland nahezu vervierfacht. Bis 2020 muss ein Anteil von mindestens 30 Prozent des Stroms durch Erneuerbare Energien erzeugt werden. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen ist ein noch höherer Anteil möglich.

Die Novelle des EEG im Jahr 2008 verstetigt die Einführung der erneuerbaren Energien. Wir in NRW wollen das neue EEG dazu nutzen, dass

- Biomasse-Anlagen vorrangig in Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie entstehen,
- Biogas verstärkt in die Gasnetze eingespeist werden kann,
- der Ausbau der Geothermie vorankommt,
- die Erneuerbaren Energien verstärkt zur stetigen Stromlieferung über Zwischenspeicherung und Zusammenschaltung beitragen.

Im Bereich der Kleinwasserkraft und des Repowering, also der Ersetzung älterer Windenergieanlagen durch neue, leistungsstärkere, werden wir bestehende planungsrechtliche Hindernisse abbauen.

In der Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor liegen große Potenziale, die es erlauben, kostengünstig CO₂-Emissionen sowie den Öl- und Gasverbrauch zu reduzieren. Unser Ziel ist es, das bis 2020 mindestens 14 Prozent der Wärme durch Erneuerbare Energien erzeugt wird. Das Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz. (EEWärmeG) bietet NRW neue Chancen, die wir nutzen wollen:

- Wir unterstützen Investoren dabei, mehr Mittel des Marktanzreizprogramms der Bundesregierung nach NRW zu holen.
- Wir helfen den Kommunen dabei, im Dialog mit der Wohnungswirtschaft geeignete Modelle umzusetzen, um möglichst viele Gebäude an Wärmenetze anzuschließen. Im Interesse des Klimaschutzes ist zu prüfen, in welchen Fällen ein kommunaler Anschlusszwang hilfreich ist, der den Anschluss und die Nutzung eines solchen Netzes verbindlich vorschreibt.

III.6 Energieforschung stärken

Wir wollen eine internationale Spitzenstellung bei Energietechnologien weiter ausbauen. Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau sind hierfür unabdingbar.

Mit dem 6-Milliarden-Euro-Programm hat die Bundesregierung die Energieforschung deutlich gestärkt. Dennoch liegen die Forschungsausgaben des Bundes zur Umsetzung der unter 4.1 genannten Maßnahmen heute unter denen zu Beginn der 80er Jahre. Weitere Verbesserungen in der Mittelausstattung vor allem in den Bereichen Effizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnik sind daher erforderlich. Wir wollen die Ausgaben für die Energieforschung mindestens auf das Niveau der 80er Jahre aufstocken. Zugleich müssen aber auch die privaten Forschungsausgaben erhöht werden. Auch auf EU-Ebene brauchen wir eine bessere Mittelausstattung. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kernfusion das einzig globale Energieforschungsprojekt ist, in dem die EU, die USA, Russland und Japan international zusammenarbeiten.

Mit einer Forschungsoffensive wollen wir die Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter verbessern. Forschungsaktivitäten zu allen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien, zur Energiespeicherung, für „intelligente“ Stromnetze, zu Brennstoffzellen und zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus Kohle- und Gaskraftwerken sind dafür von entscheidender Bedeutung.

Insbesondere die Batterieforschung benötigt zusätzliche Finanzmittel und weiterer Förderprogramme. Die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte sind immens, weitere Kapazitäts-, Effizienz- und Zuverlässigkeitssprünge stehen bevor.

Gute Batterien erleichtern eine hochdezentrale Erzeugungs- und Nutzungsstruktur auf Grundlage Erneuerbarer Energien. Auch der Automobilstandort NRW kann von diesen Fortschritten profitieren. Effizienzfortschritte bei der Kraftwerkstechnik sind entscheidend für einen wirksamen Klima- und Ressourcenschutz. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, diese Technologien zu erforschen und zu erproben.

Die Stromversorgung auf der Basis von Stein- und Braunkohle wird für eine Übergangszeit weiterhin eine sehr wichtige Säule in der Stromerzeugung sein. Auch andere Staaten setzen auf die Verstromung von preisgünstiger heimischer Kohle. Deshalb ist es unter technologischen und Klimaschutzaspekten angezeigt, die CCS-Technologie im industriellen Maßstab zu entwickeln. Die Energiewirtschaft muss deshalb 2015 ein erstes CO₂-freies Kraftwerk in Betrieb nehmen und ab dem Jahr 2020 diese Technik zum Standard machen. Dabei müssen die Sicherheitsfragen bei Transport und Lagerung geklärt sein. Für eine unabhängige Sicherheitsforschung sind öffentliche Mittel erforderlich und bereit zu stellen.

III.7 Emissionshandel zum Nutzen Nordrhein-Westfalens gestalten

Für das Energie- und Industrieland NRW sind folgende vier Punkte des im Dezember 2008 von Ministerrat und Europaparlament beschlossenen EU-Klimapaketes besonders wichtig:

- Die Klimaschutzziele werden eingehalten, damit wird das Klima geschützt und NRW kann die Chancen auf dem boomenden Markt der Erneuerbaren Energien nutzen.
- Energieintensive Industriebranchen wie Zement und Stahl erhalten die CO₂-Zertifikate kostenlos, wenn sie die klimafreundlichste Technik einsetzen. Dies sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Arbeitsplätze.
- Die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft ist richtig, weil die großen Energiekonzerne schon heute die bislang kostenlos erhaltenen Zertifikate über den Strompreis von ihren Kunden bezahlen lassen. Es gibt also keinen Grund für Preiserhöhungen mit Hinweis auf den Emissionshandel.
- Das Klimapaket gibt Planungssicherheit für die Energiewirtschaft. Alle Voraussetzungen, um das Kraftwerkserneuerungsprogramm jetzt zeitnah umzusetzen, sind gegeben. Hinzu kommt, dass mit dem Klimapaket Investitionszuschüsse für diejenigen Stromproduzenten ermöglicht werden, die auf neue hocheffiziente Kraftwerke setzen. Diese Fördermöglichkeiten stehen großen und kleinen Energieversorgern gleichermaßen offen, die in Kraft-Wärme-Kopplung oder Kondensationskraftwerke mit besonders hohen Wirkungsgraden investieren wollen.

NRW muss in Kenntnis der europaweit vereinbarten Ziele zum Klimaschutz jetzt mutig nach vorne gehen. Es kommt darauf an, die Chancen für das Energie- und Industrieland NRW zu nutzen. Anfang 2009 brauchen die Menschen in NRW ein klares Signal, dass Nordrhein-Westfalen den Klimaschutz als Fortschrittsmotor nutzen will und die Politik des Bremsens aufgibt.

Für Nordrhein-Westfalen ist es von vitalem Interesse, den nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft so zu gestalten, dass der weitere Strukturwandel ohne bruchartige Entwicklungen erfolgt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, sind finanzielle Mittel in Milliardenhöhe erforderlich. Für die nordrhein-westfälischen Anforderungen an den Emissionshandel sind zwei Aspekte deshalb entscheidend. Erstens muss die in der Richtlinie vorgesehene Vollausrüstung der energieintensive Industrie mit den benötigten Zertifikaten praktisch umgesetzt werden. Zweitens muss ein Investitionsprogramm Emissionshandel die Erlöse aus dem Emissionshandel in NRW einsetzen, um hier den Energieverbrauch zu senken, die Effizienz zu steigern und den Kraftwerkspark zu erneuern. Aufgrund der stark gestiegenen Kraftwerkskosten werden derzeit viele Investitionsentscheidungen für den Austausch alter Kraftwerke durch neue Kraftwerke zurück gestellt. Eine Vielzahl uralter ineffizienter Kraftwerke bleibt länger am Netz. Die derzeitigen Bedingungen des Emissionshandels in der 2. Handelsperiode (Benchmark mit überwiegend kostenloser Zuteilung) bieten offensichtlich keinen ausreichenden Anreiz für Neuinvestitionen.

Strom wird heute noch zum größten Teil in Kraftwerken erzeugt, deren Abwärme ungenutzt an die Umgebung abgegeben wird. In der Nachbarschaft vieler Kraftwerke werden zum Teil schlecht isolierte Gebäudebestände mit Öl, Gas oder sogar mit Strom beheizt. Um Kosten zu sparen, Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen, muss der Energieverbrauch gesenkt und die gesamte Energieeffizienz erhöht werden. Hierzu sind neben verstärkter Energieberatung die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung massiv auszubauen und Gebäudebestände energetisch zu sanieren.

Wir werden die Erlöse aus dem Emissionshandel in NRW insbesondere einsetzen für:

1. Eine Energiesparoffensive aus den Erlösen unterstützt Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen sowie Kommunen beim Energiesparen z. B. durch:

- a) energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes in NRW,
- b) Finanzielle Förderung der Solarthermie ("1.000.000 Solardächer für NRW"),
- c) Austausch von klimaschädlichen Elektroheizungen,
- d) flächendeckende kostenfreie Energieberatung für Privathaushalte, Kommunen und Unternehmen,
- e) Zuschüsse zum Erwerb hocheffizienter Geräte wie z. B. Pumpen und Kälteanlagen in Unternehmen, Kühlschränken sowie Waschmaschinen und Fernsehern in Privathaushalten, Heizungsanlagen,
- f) Zuschüsse für energiesparende Fuhrparks,
- g) Maßnahmen der umwelt- und klimafreundlichen Mobilität wie Radwege, Radstationen, Elektrofahrzeuge für den Stadtverkehr.

2. Ein Investitionsprogramm Emissionshandel fördert Investitionen, die den Primärenergieverbrauch massiv senken. Für NRW kommt es auf folgende Punkte besonders an:

- a) Ersatz von klimaschädlichen Altanlagen durch hocheffiziente neue Kraftwerke,
- b) Neubau von Kraftwerken als hocheffiziente KWK-Anlagen,
- c) Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze,
- d) Forschung, Entwicklung und Produktion von Verfahren und Anlagen der Erneuerbare Energien, wie z. B. Umrüstung von Kläranlagen und Kompostwerken zur Biogasgewinnung und Biogaseinspeisung in vorhandene Gasnetze,
- e) Forschung, Entwicklung und Produktion von Verfahren und Anlagen zur Netzintegration von Erneuerbaren Energien (z. B. virtuelle Kraftwerke, Energiespeicherung, Elektrotankstellen, Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze),
- f) Forschung, Entwicklung und Produktion von Verfahren und Anlagen zur Abscheidung, zum Transport und zur Lagerung von CO₂.

III.8 Bessere Energiepreise durch mehr Wettbewerb schaffen

Nur ein funktionierender Wettbewerb im Energiemarkt bietet die Chance für wettbewerbsfähige Preise. Dafür müssen wir konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Den Ausbau brauchen wir, um einen funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen und die bisherigen Engpässe beim Netz

zu überwinden. Diejenigen Städte und Gemeinden, die Stromnetze künftig wieder selbst betreiben wollen, werden wir unterstützen.

Die Energieversorgungsunternehmen mit ihren Netzmonopolen erschweren den Marktzugang neuer Wettbewerber und verteuern damit die Strompreise. Deshalb ist es notwendig, die Erzeugung von Strom und den Betrieb der Netze wirksamer als bisher voneinander zu trennen. Dafür brauchen wir unabhängige Regulierungsbehörden. Diese müssen die Marktmacht der Energieversorgungsunternehmen wirksam kontrollieren und deren Missbrauch effektiv bekämpfen können.

Wir wollen die Stadtwerke stärken, um mehr Anbieter von Strom auf dem Markt etablieren zu können. Die CDU/FDP Landesregierung hat mit ihrer Änderungen des §107 der Gemeindeordnung die Möglichkeiten der Stadtwerke deutlich eingeschränkt. Deshalb muss die öffentliche Eigentümerstruktur gestärkt werden. Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der Daseinsvorsorge sichergestellt werden. Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommunale Daseinsvorsorge.

III.9 Atomausstieg fortsetzen

Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört der Verzicht auf die Atomkraft. Die SPD-geführte Bundesregierung hat im Jahr 2000 nach langen Verhandlungen mit den Energieversorgern den Atomkonsens vereinbart, der einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie bis voraussichtlich zum Jahr 2023 vorsieht.

Atomenergie ist und bleibt eine Risikotechnologie. Nach wie vor gibt es keine Lösung für die Lagerung des Jahrtausende strahlenden Atommülls. Insbesondere die Unions-geführten Bundesländer verweigern sich einer fairen Lösung des schon bestehenden Atommülls. Zusätzlichen Müll zu produzieren, wäre vor diesem Hintergrund verantwortungslos. Die Atomtechnologie ist außerdem immer mit der Möglichkeit zum Bau von Atomwaffen verbunden. Die weltweite Verbreitung der Fähigkeit zum Bau und zum Einsatz von Nuklearwaffen ist eines der größten Risiken einer Politik, die auf Atomenergie als Lösung der Energiekrise setzt. Zudem verhindert die Verlängerung der Restlaufzeiten notwendige Investitionen in Erneuerbare Energien und in Energieeffizienz, weil sie auch die Monopolstrukturen am deutschen Energiemarkt zementieren würde. Gerade neue Wettbewerber, die Wettbewerb am Energiemarkt und damit fairere Energiepreise erreichen könnten, werden durch das Gerede über eine mögliche Laufzeitverlängerung vom Markt gehalten.

Gerade die ältesten Atomkraftwerke sind gegen einen terroristischen Angriff nicht zu schützen, das zeigen Studien der deutschen Geheimdienste. Eine Abschaltung bis 2012 wird die Sicherheit Deutschlands vor Terrorangriffen massiv erhöhen.

Der mögliche Beitrag der Atomenergie zum Klimaschutz ist ohnehin verschwindend gering. Weltweit liefern Atomkraftwerke nur 2,5% der benötigten Endenergie und auch in Deutschland sind es 2007 kaum mehr als 5% gewesen. Noch dazu benötigen Atomkraftwerke, im Gegensatz zu modernen Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken, zusätzlich Einzelheizungen in den Häusern und haben damit im Gesamtzusammenhang sogar eine schlechte CO₂-Bilanz.

Deshalb ist für uns klar: Der Atomausstieg gilt. Wir sind vertragstreu. Das erwarten wir auch von der Energieindustrie.

IV. Besser leben - natürliche Lebensgrundlagen erhalten

Es sind vor allem die sozial Schwachen, die unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Darum ist der Klima- und Umweltschutz eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie, denn er schafft soziale Gerechtigkeit, und zwar heute und morgen, hier und in der ganzen Welt. Benachteiligte Haushalte leben oft auch in einer stärker belasteten Umwelt, z.B. in Gegenden mit hoher Luftbelastung oder an lauten Verkehrsstraßen. Verbessert sich die Umweltsituation, verbessert sich auch die soziale Lebenslage. Konsequenter betriebener Klima- und Umweltschutz trägt zu einer Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit bei.

Wir haben in NRW die besondere Situation, dass Natur und industrielle Produktion in enger Nachbarschaft liegen. Dadurch ergeben sich zwangsläufige Interessensunterschiede zwischen Ökonomie und Ökologie. Diese macht sich z.B. am Flächenverbrauch, in der Rohstoffgewinnung oder

der Nutzung unserer Ressource Nr. 1, des Wassers bemerkbar. Die politische Aufgabe besteht darin, die einzelnen Interessen nicht gegeneinander in Front zu bringen, sondern tragfähige Konsense zu finden, die Beschäftigung sichern, die Umwelt schützen und eine nachhaltige Entwicklung der natürlichen Lebensräume erzielen. Dazu bedarf es der ständigen Kommunikation und eines Netzwerkes der beteiligten regionalen Akteure. Deshalb suchen wir den Dialog mit Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft, Ver-bänden, Verbraucherinnen und Verbrauchern. Gemeinsam nutzen wir die Chancen für neue Beschäftigung, die aus einer konsequenten ökologischen Industriepolitik erwachsen, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die den Kriterien von guter Arbeit genügen.

Dabei ergeben sich vor allem folgenden umweltpolitischen Handlungsfelder:

Ressourcen sichern - Konzept "Materialeinsatz senken - Ressourcen sichern" stärkt NRW-Wirtschaft

Umwelt- und Gesundheit schützen - Senkung der Lärm- und Feinstaubbelastung schützt die Gesundheit.

NRW als Wasserland Nr. 1 stärken - Masterplan Wasser NRW schafft Schutz des Lebensmittels Nr. 1 und stärkt die Wasserwirtschaft

Biologische Vielfalt erhalten- Erhalt der Biodiversität durch konkrete Ziele beim Artenschutz

Boden schützen - Flächenverbrauch reduzieren

Agrarpolitik nachhaltig gestalten -
Landwirtschaftspolitik muss stärker Politik für den ländlichen Raum werden.

IV.1. Ressourcen sichern und sparsamer nutzen

Die Nachfrage nach Energie und Rohstoffen ist in den vergangenen Jahren immens gewachsen. In den nächsten vierzig Jahren steigt die Weltbevölkerung von heute sechs auf rund neun Milliarden Menschen an. Einige Schwellen- und Entwicklungsländer werden deutlich an Wohlstand gewinnen. Dies wird den Bedarf nach Energie und Rohstoffen noch weiter erhöhen. Die Auswirkungen sind schon heute zu spüren: allein zwischen 2000 und 2005 stiegen die Weltmarktpreise für importierte Rohstoffe im Euro-Raum um rund 80 Prozent.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt im verarbeitenden Gewerbe der durchschnittliche Materialverbrauch rund 40 Prozent des Bruttoproduktionswertes, während die Lohnkosten nur rund 25 Prozent ausmachen.

Für den Industriestandort NRW ist Ressourceneffizienz folglich eine wichtige Grundlage und Chance, um im Wettbewerb der Standorte bestehen zu können. Aus der Verantwortung für die heutige und die zukünftigen Generationen müssen wir unsere begrenzten und schwindenden Ressourcen schonen und gleichzeitig eine höhere Produktivität erzielen. Deshalb müssen wir die Energie- und Materialeffizienz ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit und ins Zentrum der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse rücken.

Rohstoff- und Energieproduktivität haben sich in Deutschland in den letzten Jahren positiv entwickelt. Das zeigt, dass wir in Deutschland und NRW schon heute über beträchtliches Know-how verfügen, wie Energie und Ressourcen effizienter genutzt werden können. Darauf müssen wir aufbauen, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Wenn wir Wirtschaftswachstum und Materialverbrauch entkoppeln wollen, müssen wir in vielen Bereichen unsere industrielle Produktionsweise umgestalten, um die Ressourceneffizienz zu erhöhen. Dabei kommt dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Rohstoffe eine wichtige Bedeu-tung zu. Gleichzeitig braucht NRW Versorgungssicherheit bei einer Vielzahl von Rohstoffen. Dies gilt für so unterschiedliche Rohstoffe wie z.B. Wasser, Biomasse, Kohle, Erz, Kalk, Kies oder Lithium gleichermaßen.

Neben internationalen Vereinbarungen bedarf es auch für die regionale Ebene eines Konzepts zum nachhaltigen Rohstoffeinsatz. Durch ein Konzept "Materialeinsatz senken - Ressourcen sichern" kann für NRW der Rohstoffbedarf identifiziert und die Einsparpotenziale und Maßnahmenfelder benannt werden. Dadurch kann NRW die Technologieführerschaft auf Zukunftsmärkten ausbauen. Auf Basis der Ziele, Maßnahmen und Angebote der Bundesregierung müssen dabei auch für NRW konkrete Minderungsziele benannt.

Kernbestandteile eines Konzeptes "Materialeinsatz senken - Ressourcen sichern" sind:

- Die Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Ressourceneffizienz muss ressortübergreifend gefördert werden. Das stärkt Wirtschaftsstrukturen und schafft neue Arbeitsplätze in NRW.
- Die Mittel für die Effizienzberatung der kleinen und mittleren Unternehmen sind zu erhöhen. Materialeffizienz und Energieeffizienz sind der Schlüssel zu Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit gerade der kleinen und mittleren Unternehmen. Unternehmer wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind so weiter zu qualifizieren, dass Ressourceneffizienz im Betriebs- und Produktionsablauf steigen.
- Für NRW muss eine Biomassestrategie entworfen werden, die alle brach liegenden Potenziale in der Land- und Forstwirtschaft nutzt. Der Wald muss endlich besser zur nachhaltigen Energieversorgung genutzt werden. Deshalb ist der Staatswald zu erhalten und sind die kleinen Waldbesitzer durch die Förster besser zu unterstützen.
- Industrie und Handwerk sind dabei zu unterstützen, knappe und endliche Ressourcen sukzessive durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen.
- Bei der öffentlichen Beschaffung müssen vor allem ressourceneffiziente Produkte und Technologien zum Einsatz kommen. Dies schont Ressourcen und stimuliert gleichzeitig Innovationen und Investitionen in Ressourceneffizienz.
- Verbraucherinnen und Verbraucher sind über ressourceneffiziente Produktionsverfahren und Produkte aufzuklären. Dies unterstützt die Entwicklung neuer Märkte.
- Abfall- und Kreislaufwirtschaft müssen weiter zu einer Stoffstromwirtschaft entwickelt werden. Durch konsequente Getrennthaltung, das Recycling oder die energetische Nutzung von Abfällen müssen die im Abfall gebundenen Stoffe, Materialien und Energie wieder gewonnen werden, um den Ressourcenverbrauch zu verringern.
- Für ein dicht besiedeltes Industrieland wie NRW ist der nachhaltige Umgang mit der vorhandenen Fläche von besonderer Bedeutung. Wir werden den Flächenverbrauch reduzieren und in der Landesplanung dem nachhaltigen Flächenmanagement einen besonderen Stellenwert einräumen.

IV.2. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz - Feinstaub und Lärm reduzieren

Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die krank macht. In Deutschland entscheidet der soziale Status mit darüber, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene von einer schlechten Umweltqualität belastet sind. Sozial- und umweltepidemiologische Studien der vergangenen Jahre belegen, dass sozial schwächere Menschen in Deutschland häufiger an stark befahrenen Durchgangsstraßen leben als sozial besser gestellte Menschen und somit Gesundheitsbeeinträchtigungen - wie Lärm und Abgasen - stärker ausgesetzt sind. Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs. Durch Feinstaub wird die durchschnittliche Lebenszeit verkürzt. Die geltenden Grenzwerte der Feinstaubbelastung werden in verkehrsreichen Straßen immer wieder überschritten. Kommunen und Länder, in denen diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Die erste Umweltzone in NRW wurde in Köln eingerichtet. Die Kommunen im Ruhrgebiet hatten sich auf eine einheitliche Umweltzone geeinigt, die die Landesregierung verhindert hat. Mit dieser Absage an eine einheitliche Umweltzone im Ruhrgebiet hat die Landesregierung einen unüberschaubaren Flickenteppich von wirkungslosen Mini-Fahrverbotszonen installiert. Dies führt zu Bürokratismus und zu Verunsicherungen bei den Menschen.

Die Anforderungen für die Reduzierung von Feinstäuben werden in Zukunft noch wachsen. In der Europäischen Union gelten ab 2015 weitergehende rechtlich verbindliche Grenzwerte zum Gesundheitsschutz der Menschen. Die Umsetzung muss deshalb schon heute angegangen werden. In Deutschland fühlt sich inzwischen jeder Dritte durch Fluglärm belästigt. Rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger empfinden Verkehrslärm als sehr störend. Insbesondere Familien mit geringen Einkommen, die an Verkehrsschneisen wohnen müssen, werden durch Lärm in ihrer Lebensqualität massiv beeinträchtigt. Im beruflichen Bereich ist die Lärmschwerhörigkeit die zahlenmäßig häufigste Berufskrankheit.

Um die Zahl der Menschen, die regelmäßig erheblichem Lärm ausgesetzt sind, deutlich zu verringern, muss Lärmbekämpfung am Ort des Entstehens betrieben werden, vor allem im Luft-, Straßen- und Schienenverkehr. Technische Verbesserungen sind die effizientesten und dauerhaftesten Methoden, um Lärm zu mindern. Um hohe Belastungen rasch abzubauen, ist aber auch die Lärmsanierung durch

bauliche Lärmschutzmaßnahmen entlang von bestehenden Straßen und Schienen und im Umland von Flughäfen wichtig. Das verabschiedete Fluglärngesetz ist dabei ein erster Schritt.

Wir setzen uns daher für einen fairen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit eines leistungs-fähigen Luftverkehrs und den Interessen der betroffenen Anwohner ein. Dem Schutz der Flughafenanlieger vor nächtlichem Fluglärm dienen

- "aktive" Lärmschutzmaßnahmen: der Flugbetrieb wird eingeschränkt und durch die Genehmigung z.B. in bestimmten Nachtstunden gänzlich untersagt. Es können auch Grenzwerte festgelegt werden dafür, wie laut die Maschinen maximal sein dürfen, die (zu bestimmten Zeiten) den jeweiligen Flughafen benutzen dürfen.
- "passive" Lärmschutzmaßnahmen: bauliche Verbesserungen an den Wohnungen und Häusern der Anlieger, damit in den Schlafräumen ein zumutbarer Lärmpegel durch den Flugbetrieb nicht überschritten wird.

Die SPD setzt sich für ein Konzept "Lärm- und Feinstaub reduzieren - Gesundheit schützen" ein. Deshalb liegen wir unsere Schwerpunkte auf folgende Bereiche:

- Wir wollen ein Lärmsanierungsprogramm auf Bundes- und Landesebene, das Lärm von Flugzeugen, Fahrzeugen und von der Schiene konsequent eindämmt. Dazu wollen wir die Lärmschutzzonen an Flughäfen ausweiten und die neuen Lärmschutzverordnung umsetzen. Wir wollen, wie am Flughafen Köln/Bonn auch an anderen Flughäfen freiwilliges Schallschutzprogramm der Flughafen-Gesellschaft zum Einbau von Schallschutzfenstern, Dämmung der Rolladenkästen und Einbau von Belüftungsgeräten in Schlafräumen unterstützen.
- Wir setzen uns für eine nach Schadstoffausstoß und Uhrzeit gestaffelte LKW-Maut ein.
- Wir wollen endlich eine KFZ-Steuer, die ausschließlich an den Schadstoffausstoß gekoppelt ist.
- Wir setzen uns für die weitere Senkung der Emissionen aus Feuerungs- und Industrieanlagen.
- Wir wollen klare Regeln für Umweltzonen in NRW, denn dieser Umweltschutz ist Gesundheitsschutz für die Menschen in den betroffenen Regionen
- Wir wollen eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der Bekämpfung von Feinstaub, die schwarz-gelbe Landesregierung lässt die Kommunen im Regen stehen
- Wir wollen, dass in den stark belasteten Bereichen der ÖPNV unterstützt wird statt ihn zu kürzen. Die Kürzungen der Landesregierung sind hier das völlig falsche Signal

IV.3 Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und wichtige Ressource

Sauberes Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und für jeden Menschen unverzichtbar. Die Menschen haben ein Recht auf sauberes und gesundes Trinkwasser. Nordrhein-Westfalen verfügt über zahlreiche Wasservorkommen. Trotz hoher Siedlungsdichte und der industriell geprägten Wirtschaft verfügen 18 Millionen Menschen über eine sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger gewährleisten dies bislang auf höchstem Niveau.

Trotzdem muss die Ressource Wasser kontinuierlich vor Verunreinigungen geschützt werden. Dabei müssen beispielsweise den Herausforderungen des demografischen Wandels ebenso Rechnung getragen werden wie den Veränderungen durch den Klimawandel. Der Anfall von Regenwasser und Hochwasser wird sich weiter verändern. Experten prognostizieren langfristig häufigere Starkregenereignisse aber auch längere Trockenperioden. Unsere Infrastruktur muss diesen neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Unsere Gewässer prägen sowohl die nordrhein-westfälischen Natur- als auch die Kulturlandschaft. Sie dienen vielen Tieren und Pflanzen als Lebensräume und bieten vielerorts Naherholungsmöglichkeiten – das ist gerade in so einer dicht besiedelten Region wie NRW sehr wichtig. Die Belange von Mensch und Tourismusbranche müssen dabei im Einklang mit Umweltgesichtspunkten

stehen. Von der Politik gesetzte hohe Standards haben die stetige Weiterentwicklung effizienter und umweltschonender Technologien forciert.

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits mehrfach die Bedeutung des Wassers für NRW betont. Unter der rot-grünen Landesregierung wurde 2002 die WWI als Informations- und Netzwerkplattform der nordrhein-westfälischen Wasser- und Abwasserwirtschaft gestartet.

Die SPD Landtagsfraktion hat einen Masterplan Wasser beschlossen, der die wesentlichen Herausforderungen und Handlungsfelder benennt.

Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, NRW dauerhaft zum Wasserland Nr. 1 zu machen.

Schwerpunkte müssen dabei auf folgende Bereiche gelegt werden:

- ***Wasserforschung und Energiegewinnung***

Forschung und Entwicklung sind Motor des Fortschritts auf dem Gebiet der neuen Technologien in den Bereichen Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung. Die Kompetenzen müssen ausgebaut, eine engere Verzahnung untereinander sowie mit der Wirtschaft gefördert werden. Eine auskömmliche, dauerhafte Finanzierung muss gewährleistet werden.

Gleichzeitig muss in Zeiten dramatisch steigender Energiekosten und dem Bestreben, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, jede Möglichkeit zur Nutzung regenerativer Energien im Wasserbereich geprüft werden. Die Erforschung vielfältiger Technologien zur Energiegewinnung etwa im Umfeld von Kläranlagen aber auch zur gewässerverträglichen Nutzung der Wasserkraft muss forciert werden.

- ***Trinkwasser/Abwasser***

Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und muss allen Bürgern in höchster Qualität zur Verfügung stehen. Der Einsatz entsprechender Technologien ist ebenso Voraussetzung wie ständige, kompetente Überwachung der Wasserqualität. Gleichzeitig muss der verantwortungsvolle, schonende Umgang mit der Ressource Wasser gewährleistet und der Eintrag von schädlichen Spurenstoffen minimiert werden. Die bestehende Infrastruktur muss daher in Stand gehalten bzw. an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Die öffentliche Abwasserbeseitigung in NRW ist vorbildlich. Privat vor Staat ist hier kein Zukunftsmodell! Der Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und Düngern durch die Landwirtschaft muss reduziert werden. Hier sollen gemeinsam mit den Wasserversorgern Initiativen für umweltfreundliche Alternativen unterstützt werden.

Wir wollen eine Versickerungsoffensive für Regenwasser starten, die Entsiegelungen von Flächen unterstützt. Dachbegrünungen, Sickerpflaster und Teiche die Verdunstung erleichtern.

- ***Gewässerökologie und Freizeit***

Die nordrhein-westfälischen Gewässer dienen vielen Bürgern für Naherholung oder auch sportliche Betätigung. Gleichzeitig sind sie Lebensraum verschiedenster Tier- und Pflanzenarten und bedürfen eines entsprechenden Schutzes. Die Interessen von Mensch und Natur müssen in ein entsprechendes Gleichgewicht gesetzt werden.

IV.4 Biologische Vielfalt und Klima gemeinsam schützen

Naturschutz und Klimaschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Der Klimawandel wird zu einer zusätzlichen Gefährdung der Biologischen Vielfalt führen. Bereits heute lassen sich die Auswirkungen des Klimawandels beobachten. Die Apfelblüte findet im Durchschnitt zehn Tage früher als noch in den sechziger Jahren statt. Für Wildpflanzen und -arten bedeutet die Erwärmung häufig, dass sich

Verbreitungsgebiete nach Norden und in höhere Lagen verschieben. Ökosysteme und funktionelle Zusammenhänge werden so stark gestört und verändert. werden.

Laut IPCC wird bei anhaltendem Klimawandel ein Drittel aller Arten bis zum Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein. Auch in Nordrhein-Westfalen hat der Klimawandel konkrete Folgen. 72 Prozent aller Lebensraumtypen gelten als gefährdet. Von den einheimischen Tierarten Deutschlands sind 33 Prozent, von den Farn- und Blütenpflanzenarten sind 26 Prozent bestandsgefährdet. Der Verlust biologischer Vielfalt wird beschleunigt, wenn nicht die nötigen Schritte unternommen werden. Die biologische Vielfalt ist auf vielfältige Art und Weise durch den Menschen bedroht. Zu den wichtigsten Gefahren gehören die direkte Zerstörung von Lebensräumen (z. B. Bau von Siedlungen und Infrastrukturen), die Übernutzung und Degradation (z. B. Zerschneidung von Lebensräumen, Pestizideinsatz, Schadstoffeinträge) durch Gewässerverschmutzung, nicht-nachhaltiger Tourismus/Fremdenverkehr, nicht-nachhaltige Landwirtschaft, nicht-nachhaltige Fischerei und Jagd)

Ein effektiver Naturschutz kann die Auswirkungen der Klimaveränderungen abschwächen und zum Schutz des Menschen vor den Auswirkungen von Extremereignissen und Naturkatastrophen beitragen. Gleichzeitig ermöglicht uns die Artenvielfalt auch viele ökonomische Chancen. Denn der wirtschaftliche Wert der weltweiten Ökosystemdienstleistungen wird von der Weltnaturschutzunion IUCN auf 16 bis 64 Billionen US-Dollar jährlich geschätzt. 40 bis 50 Prozent der zugelassenen medizinischen Produkte nutzen pflanzliche oder tierische Ausgangsstoffe.
voran.

Die Landschaften spiegeln die Traditionen der dort lebenden Menschen wider. Das abwechslungsreiche Bild der Landschaften hat sich über Jahrhunderte aus der Arbeit der Menschen mit den natürlichen Standortbedingungen entwickelt. Diese Kulturlandschaften zeichnen sich auch durch besondere Tier- und Pflanzenwelten aus. Dies alles wird zugleich als Heimat empfunden, mit einer großen emotionalen und sozialen Bedeutung. Die Kulturlandschaft und damit das Gesicht unserer Heimat ist durch die Industrialisierung der Landwirtschaft und den Klimawandel bedroht. Dies betrifft auch die Lebensräume und die Lebensgemeinschaften der Pflanzen- und Tierarten.

Die CDU/FDP Landesregierung in NRW hat den Naturschutz und die Biologische Landwirtschaft nur unter den Interessen der Großagrarier und der Industrie betrachtet. Wir werden die massiven Einschnitte beim Naturschutz in NRW zurücknehmen und eine „NRW Strategie zur Biologischen Vielfalt“ entwickeln, die analog zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt konkrete Ziele benennt. Wir müssen alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren und bündeln, um die Gefährdung der biologischen Vielfalt im ersten Schritt zu verringern, und zukünftig zu stoppen. Fernziel muss es sein, dass die biologische Vielfalt einschließlich der regionaltypischen Besonderheiten wieder zunimmt.

Kernpunkte dieser Strategie müssen sein

- Wir wollen, dass die Bewahrung der Kulturlandschaften als zentrale Aufgabe der Landesplanung auf regionaler und lokaler Ebene wahrgenommen wird.
- Wir wollen, dass das Schutzgebietsnetzwerk der Natura 2000 mit Managementplänen aktiv begleitet wird und hier Trittstufen für die mit dem Klimawandel verbundene Wanderung von Arten ausgebaut werden
- Wir wollen eine positive Kommunikation zu Schutzgebietsnetzwerken unterstützen. Wir werden nicht wie die CDU und FDP Feldhamster für Medienkampagnen missbrauchen. Für uns stehen der Erfolg von Naturschutz und der Erhalt der Artenvielfalt im Zentrum.
- Wir wollen "Nationale Naturlandschaften" – Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate – weiterentwickeln. Wir brauchen deshalb eine ökologische Qualitätsoffensive in Deutschlands Großschutzgebieten,
- Wir wollen das nationale Naturerbe dauerhaft bewahren. Ökologisch hochwertige Flächen im Eigentum des Bundes dürfen nicht privatisiert werden. Deshalb sind 125.000 Hektar wertvoller Natur von der Privatisierung ausgenommen. Wir fordern die Länder auf, dem Beispiel des Bundes zu folgen und ökologisch hochwertiger Flächen in Landeseigentum nicht zu verkaufen.

IV.5 Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren

Der Boden stellt einen entscheidenden, unvermehraren und unverzichtbaren Faktor dar – nicht nur für die Produktion sondern auch als CO₂ Speicher und als Freifläche als Erholungsraum für Menschen gerade in so dicht besiedelten Regionen wie NRW.

Der Schutz des Bodens gewinnt mit Blick auf die Ressourcenknappheit, den Erhalt der Biodiversität und der zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion eine zentrale politische Bedeutung.

Durch die Versiegelung des Bodens und die Zerschneidung der Landschaft geht täglich dauerhaft natürlichen Bodenfunktionen, wie auch das Potenzial für Arten und Biotope verloren. Die Folgen sind langfristig und oftmals irreparabel: Neben der unmittelbaren Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden wird der Wasserhaushalt beeinträchtigt, mit der Folge einer wachsenden Hochwassergefahr und einer gestörten Grundwasserneubildung. Biotope werden geschädigt oder zerstört, Landschaften werden zerschritten, viele Wälder sowie agrarisch genutzte Ökosysteme sind nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Lebensraum für Tiere mit größeren Aktionsradien tauglich. Die verloren gehenden Äcker, Wiesen und Wälder fehlen nicht nur den Bauern als Produktionsgrundlage, sondern sie werden zu großen Teilen versiegelt und können ihre Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen. Für den Menschen gehen wichtige Erholungsräume sowie das Empfinden dafür was „Heimat“ ausmacht verloren.

Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr geht nicht nur zu Lasten der Natur- und Kulturlandschaft. Immer deutlicher werden die sozialen und ökonomischen Folgen des Landschaftsverbrauchs, die ein Umdenken erforderlich machen.

Der demografische Wandel bringt vor allem für das kommunale Flächenmanagement neue Herausforderungen. Wir werden in NRW in den nächsten Jahren weniger Menschen sein, die dafür älter, individueller und internationaler werden. Das erfordert erhöhte Aufmerksamkeit für die Entwicklung des Bestandes und das Einstellen auf die Veränderung in der Nachfrage.

Städte und Gemeinden weisen weiterhin neue Wohngebiete aus, obwohl die Bevölkerung bereits heute regional zum Teil deutlich abnimmt. Schrumpfungsprozesse und Wachstum von Städten und Gemeinden werden in den nächsten Jahren in NRW nebeneinander stattfinden. Es gibt tendenziell einen Wettbewerb um Einwohner, der vor allem über die Neuausweisung von Wohngebieten ausgetragen wird. Nicht jedes neu ausgewiesene Wohngebiet bringt auch automatisch mehr Steuereinnahmen für den kommunalen Haushalt. Hier muss genau geplant werden.

Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, in NRW den Flächenverbrauch drastisch zu senken. Wir wollen weniger Flächen verbrauchen und die Zerschneidung von Landschaften minimieren. Dazu brauchen wir ein gezieltes Umsetzungsprogramm für NRW mit klaren Zielen und Maßnahmen. Wichtige Anregungen sind dabei schon von der Bundesregierung und dem Umweltbundesamt erarbeitet worden. Kernpunkte sollten sein

- Weitere Umsetzung der Maßnahmen, die bereits im Klimaschutzkonzept der SPD-geführten Landesregierung für die Siedlungs- und Landschaftsplanung festgelegt worden sind
- eine Stärkung der Städtebauförderung mit dem Ziel, die Wohnumfeldqualität in bestehenden Siedlungen spürbar zu verbessern,
- eine verstärkte Ausrichtung aller Wirtschafts- und Agrarförderprogramme auf die Nutzung bestehender Siedlungen sowie die Wiedernutzung innerörtlicher Brachflächen und Baulücken;
- eine weitere Förderung der Aufarbeitung von Industriebrachen
- ein Reform des Systems der Kommunal Finanzen, um Anreize zur weiteren Ausweisung von Siedlungsflächen zu dämpfen und stattdessen die ökologische Aufwertung von Flächen zu honorieren;
- eine Unterstützung aller Kommunen bei der Abschätzung der Kostenentwicklung von Wohngebieten wie sie vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung mit dem Projekt LEANkom entwickelt wurde
- eine Unterstützung der Kommunen bei einem Einstellen auf die demografischen Veränderungen und flächenschonende Steuerung des Wettbewerbes um Einwohner.

IV.6 Ländliche Räume stärken und umweltfreundliche Landwirtschaft stützen

Die EU-Agrarpolitik wird ab 2013 sich stärker am Markt orientieren und ihr wird insgesamt weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Ein Großteil der NRW-Agrarbetriebe, z.B. in Eifel, Sauerland und

Bergischen Land wird sich dann im internationalen Wettbewerb um das preisgünstigste landwirtschaftliche Produkt nicht behaupten können. Der Liberalisierung der Agrarmärkte darf aber keinesfalls dazu führen, dass die landwirtschaftliche Produktion in den benachteiligten Regionen unseres Landes gefährdet ist. Denn dann wären zugleich die Leistungen der Landwirte für den Erhalt von Natur und Landschaft und zum Schutz der Umwelt nicht mehr gewährleistet. Diese Leistungen müssen wir im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Agrarpolitik künftig stärker entlohnen und gestalten.

Die SPD will die Allianz von Stadt und Land stärken: Wer eine gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch die Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum fördern. Die SPD steht für eine Politik, die die Landwirtschaftspolitik in eine „Politik für die ländlichen Räume“ integriert. Diese ermöglicht erst Antworten, auf die Herausforderungen für den ländlichen Raum wie die demographischen Veränderungen, den wirtschaftlichen Strukturwandel, veränderte Gesellschaftsbedingungen sowie ökologischen Wandel zu finden.

Dies setzt voraus, dass wird die Maßnahmen in der so genannten „Zweiten Säule“ des EU-Agrarfonds verlässlich finanzieren, um in Zukunft Programme für eine multifunktionale, flächendeckende und umweltfreundliche Landbewirtschaftung bezahlen zu können. So können die Landwirte ihre Aufgabe und Funktion erfüllen, die Menschen mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen und als Heger und Pfleger der Landschaft zu wirken. Eine Möglichkeit dafür ist die schrittweise verstärkte Modulation der Direktzahlungen der EU-Agrarhilfen.

Dazu gehört, dass wir auf Landesebene den Wettbewerb um Qualität, Sicherheit und Nachhaltigkeit aufnehmen. Dies kann durch die Förderung von regionalen Märkten und regionalen Produkten und einer Stärkung der Nachfrage nach Ökoprodukten geschehen.

Ländliche Räume sind in weiten Teilen Naturräume oder naturnahe Räume. Daraus ergeben sich besondere Anknüpfungspunkte für die wirtschaftliche Entwicklung. Die in Nordrhein-Westfalen vorzufindenden Kulturlandschaften, Naturdenkmäler oder Waldgebiete bieten verschiedenste Möglichkeiten, um Wertschöpfungsketten/Cluster zu entwickeln, die an diese Naturräume und deren Rohstoffe anknüpfen.

Die SPD wird mit ihrem Programm "Stadt und Land – eine Allianz für die Zukunft" dafür sorgen, dass die Landwirtschaftspolitik in eine Politik für die ländlichen Räume integriert wird und verstärkt Umweltmaßnahmen gefördert werden.

- Wir wollen eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik, die stärker auf die Entwicklung ländlicher Räume statt auf die Einzelförderung großer landwirtschaftlicher Betriebe setzt. Dazu müssen vor allem Mittel aus der 1. Säule des EU-Agrarhaushaltes in die zweite Säule verlagert werden.
- Bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln müssen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt des Handelns gestellt werden. Dazu soll es in NRW bei der Produktion zu einer Qualitätsoffensive kommen.
- Wir wollen eine flächendeckende, umweltschonende Landwirtschaft, die den Artenreichtum unserer Kulturlandschaft erhält. Die EU-Agrarmittel sollen vornehmlich für die ökologische Leistung der Landwirte verwendet werden. Die Gesellschaft ist auf die Dienstleistungen der Landwirte im Naturschutz und in der Landschaftspflege angewiesen. Der Flächenverbrauch und die Zerschneidung von Landschaften sind zu minimieren.
- Die Landschaftsplanung auf regionaler und lokaler Ebene muss die Bewahrung der Kulturlandschaften als zentrale Aufgabe wahrnehmen.
- Die Maßnahmen in der Agrarpolitik des Landes müssen Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung der Kulturlandschaft fördern. Durch konkrete Zielvereinbarungen gemäß den Biodiversitätszielen der Bundesregierung soll auch in NRW verstärkt die Artenvielfalt geschützt werden.
- Das Land muss die Erzeuger und Verbraucher durch die Förderung von regionalen Märkten und regionalen Produkten unterstützen.
- Ökoprodukte werden immer stärker nachgefragt. NRW kann diese Nachfrage aus eigener Produktion nicht decken. Mit einem Programm werden wir diesen Zukunftsmarkt so unterstützen, dass die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Landwirte steigt und die Eigenversorgung mit Ökoprodukten gestärkt wird.

- Wir müssen die Chancen in den ländlichen Räume, die sich in den Bereichen Tourismus, erneuerbare Energien und Forst- und Holzwirtschaft ergeben, gezielt nutzen, um damit Beschäftigung zu fördern.

V. Verkehr richtig lenken

Der Güterverkehr wird nach Schätzungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bis zum Jahr 2025 um bis zu 75 Prozent zunehmen.

Staus schaden unserer Volkswirtschaft. Sie verursachen Verkehrsunfälle, sie nerven und senken die Lebensqualität.

Andererseits: Logistik bietet als einer der am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereiche Chancen und Risiken. Eine hoch arbeitsteilige Gesellschaft wie das stark exportorientierte NRW ist angewiesen auf den funktionierenden Austausch von Gütern.

Verkehr braucht Akzeptanz. Die Bürger nehmen Verkehr aber zunehmend als Belastung wahr. Unsere Straßen sind zu voll. Daher brauchen wir Entlastungen durch sinnvollen Ausbau unserer Straßen, eine staumindernde LKW-Mautstaffelung, mehr Verkehrslenkung durch Telematik und vor allem durch Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraße.

Wir brauchen mehr Kapazitäten im Bereich Schiene. Insbesondere die Trennung von Güter- und Personenverkehr verspricht Entlastung. Wir brauchen jetzt die schnelle Realisierung des dritten Gleises auf der Betuwe zwischen niederländischer Grenze und Oberhausen. Die Betuwe verbindet Rotterdam mit dem Ruhrgebiet. Wir brauchen einen zweigleisigen elektrifizierten Ausbau des Eisernen Rheines. Damit wir eine wettbewerbsfähige Anbindung des Hafens Antwerpen an das Ruhrgebiet und die Rheinschiene bekommen. Um die notwendige Akzeptanz für diese beiden wichtigsten Schienengüterverkehrsstrecken zu erreichen, müssen alternative Finanzierungsmodelle jenseits des Eisenbahnwegekreuzungsgesetzes gefunden werden, der Lärmschutz und der Bau von Unter- und Überführungen müssen gesichert werden.

Die Wasserstraßen haben als nahezu einziger Verkehrsträger enorme Kapazitäten. Wir brauchen eine Strategie der Verlagerung des enorm wachsenden Güterverkehrs von der Asphaltstraße auf die Wasserstraße. Das hilft Staus vermeiden. Gerade weil die Seehäfen NRWs in Rotterdam und Antwerpen liegen, brauchen wir einen Ausbau von Containerverteilzentren in deren Hinterland. Binnenhäfen müssen gefördert werden, ihr Ausbau vorangetrieben werden. Es müssen genügend Flächen für die Binnenhafenwirtschaft zur Verfügung stellen. Das Nutzen von Synergien der Binnenhäfen untereinander ist sinnvoll, Zusammenarbeit zu fördern. Hier kann das Land eine Moderatorenrolle einnehmen.

Bürger, die Busse und Bahnen nutzen, betreiben aktiven Klimaschutz. Es muss erklärtes Ziel einer jeden Landesregierung sein, mehr Menschen im bevölkerungs- und verkehrsreichsten Bundesland zum Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen zu bewegen, weil das Staus vermeidet. Busse und Bahnen müssen attraktiv sein. Sie müssen sauber, sicher und günstig sein. Der öffentliche Personennahverkehr ist für Sozialdemokraten unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsfürsorge.

Die von der schwarz-gelben Landesregierung vorgenommene Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs ist eine rückwärtsgewandte Entscheidung gegen die Interessen der Menschen und der Umwelt. Der ÖPNV ist kommunale Daseinsvorsorge, an deren Beispiel sich die Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen beweist! Kommunale Unternehmen ermöglichen es, die Interessen von Nutzern, Beschäftigten und Umwelt zusammenzuführen. Dabei sind sie nicht weniger wirtschaftlich als private Unternehmen! Denn: ÖPNV ist aus dem Alltagsleben vieler Menschen nicht wegzudenken. Der Weg zu Bildungseinrichtungen, zur Arbeit, zur/zum LebenspartnerIn, zum Einkauf oder nach einer Feier am Abend nach Haus: Vieles ginge ohne den ÖPNV nicht. Dabei muss der ÖPNV für alle bezahlbar bleiben. ÖPNV ist deshalb nicht auf Profit und Rendite ausgerichtet. Die konkreten Bedürfnisse der Menschen, die ihn nutzen und auf ihn angewiesen sind, definieren seine Standards. Deshalb ist Nahverkehr niemals durch die Ticketpreise finanzierbar oder zu 100% profitabel bzw. kostendeckend zu betreiben. Öffentliche Zuschüsse und das Gebot der Wirtschaftlichkeit schließen sich dabei aber nicht aus - vielerorts sind leistungsfähige öffentliche Unternehmen entstanden, welche den direkten Vergleich mit privaten Unternehmen nicht scheuen brauchen. Es gibt keine Not, den Bereich des ÖPNV aus der kommunalen Daseinsvorsorge herauszulösen. Die Kommunalisierung des Nahverkehrs im Land Nordrhein-Westfalen hat sich bewährt – wir wollen daran festhalten! Während

die Landesregierung NRW durch die Definition eines eigenen Landesnetzes Regionalisierungsmittel für die Sahnestücke des SPNV einbehält, wird den kommunalen Zweckverbänden Einfluss und finanzieller Spielraum geraubt. Aus unserer Sicht ist ÖPNV jedoch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, die vor allem in der Gemeinschaft vor Ort demokratisch zu regeln ist. Die Produktentwicklung im ÖPNV muss vorangetrieben werden. Das heißt: Fixe Schnellbusse, eng getaktete Stadtbusse, Nachtbusse bis in den frühen Morgen, Taxibusse dort wo sinnvoll und Mini- und Midibusse als Sammelverkehre in Vororten. Die Idee des Bürgerbusses ist hochaktuell. Dieses Engagement kann eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV-Angebots darstellen – Leistungen der Daseinsvorsorge können aber nicht ersetzt werden durch bürgerschaftliches Engagement! Bürgerbusse dürfen kein Feigenblatt dafür werden, dass sich die öffentliche Hand sich aus der Anbindung von Siedlungen gerade im ländlichen Raum zurückzieht.

Weil Mobilität ein Grundrecht ist, brauchen wir ein Sozialticket. Menschen, die weniger haben, sollen nicht von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben abgehängt werden. Das Land darf sich nicht aus seiner Verantwortung stellen. Wir werden die Kommunen bei der Einführung von Sozialtickets unterstützen.

Das maßgeschneiderte Ticket für jeden Bereich – Jugendliche, Senioren, Arbeitnehmer, Azubis, Freizeitsuchende – ist zu entwickeln. Hierzu gehört auch, dass Land und Kommunen GeringverdienerInnen und SGB2 EmpfängerInnen in ihrem Mobilitätsbedürfnis durch gesonderte, landesweit geltende Angebote entgegen kommen. Dies ist zwar primär eine sozialpolitische Herausforderung, doch gerade von diesen Personengruppen wird in erheblichem Ausmaß Flexibilität erwartet und abgefordert. Der Tarifdschungel der unterschiedlichen Verbände muss entflechtet werden. Auch innovative Verknüpfungsmodelle der Verkehrsträger – Park & Ride, Pendlercommunities, Park & Drive, Car und Bike Sharing, – sind zu fördern. Die Steigerung der Nutzerkompetenzen soll vor allem durch die Berücksichtigung spezifischer Zielgruppen erfolgen. Gerade der demographische Wandel stellt uns vor die Herausforderung, Hemmschwellen Älterer zur Nutzung des ÖPNV abzusenken. Viel stärker soll der ÖPNV als die attraktive Alternative zum Auto hervorgehoben werden. Zum Einsatz modernster Technik muss es zur Sicherung der Barrierefreiheit kommen. Überlegt werden sollte, ob nicht Kurse zu Nutzung des ÖPNV in Kooperation mit Trägern der Weiterbildung vor Ort angeboten werden sollten. Auch simplere Fahrkartenautomaten wären ein wichtiger Schritt.

„Münster soll überall sein“: Das Fahrradfahren ist eine klimafreundliche Art der Mobilität, die Geld spart und Staus vermeidet. Das Programm „fahrradfreundliche Kommune“, welches unter der rot-grünen Landesregierung begonnen worden ist, wird fortgesetzt werden. Das Ziel muss sein, dass das Fahrradfahren so selbstverständlich wie andere Arten des Individualverkehrs wird. Das Fahrrad soll selbstverständlich zum Stadtbild gehören. Es soll nicht nur Hobby sein, sondern auch Fortbewegungsmittel von der Wohnung zur Arbeitsstelle werden. Studenten sollen am Fahrrad-Leasing-Programm teilnehmen können. Für kleines Geld wird den Studenten ein verkehrssicheres Zweirad zur Verfügung gestellt. Fahrradstationen an Bahnhöfen sollen weiter gefördert und ausgebaut werden.

Die Luftverkehrskonzeption 2010 der rot-grünen Vorgängerregierung muss fortgeschrieben werden. Es ist unerlässlich für die Planungssicherheit von Anwohnern, Beschäftigten und Investoren, dass das Land jetzt sagt, wo es strategisch hin möchte. Es kann nicht sein, dass mit Blick auf etwaige Probleme im Kommunalwahlkampf die schwarz-geführte Landesregierung es unterlässt, sich strategisch zur Luftverkehrspolitik zu äußern und gleichzeitig die Bundesregierung einen Entwurf zum Flughafenkonzept vorlegt. NRW muss wieder Position in der aktuellen Diskussion um den Luftverkehr im verkehrsreichsten Land beziehen.